

Vorbericht des Haushaltes 2015/2016

1 Einleitung

Die konjunkturelle Zuversicht in Europa hat im Verlauf des Sommers 2014 gelitten. Zum einen enttäuschte eine Reihe von wirtschaftlichen Frühindikatoren, zum anderen lagen die Bruttoinlandsprodukts- und Wachstumsraten des 2. Quartals unterhalb der Erwartungen, nicht nur in Deutschland, sondern vor allem in Frankreich und Italien. Des Weiteren zeigten sich Stimmungsumfragen belastet von den geopolitischen Spannungen, ausgehend vom Ukraine-Konflikt und den gegenseitigen Sanktionen zwischen Russland und der EU.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum des Euroraums im laufenden und kommenden Jahr gesenkt und die Europäische Zentralbank (EZB) zu mehr geldpolitischer Unterstützung aufgefordert. In einem aktuellen Ausblick auf das Wachstum in den OECD-Staaten senkte die Organisation vor allem ihre Wachstumsprognose für Frankreich und Italien deutlich.

Die OECD reduzierte ihre Prognose für den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes im Euroraum 2014 und 2015 von 1,2 % auf 0,8 % bzw. von 1,7 % auf 1,1 %. Die BIP-Prognosen für Deutschland nahm die OECD von 1,9 % auf 1,5 % für das laufende Jahr und von 2,1 % auf 1,5 % für 2015 zurück. Auch die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihren aktuellen Herbstgutachten ihre Prognosen deutlich zurückgenommen.

Vor dem Hintergrund dieser gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und Erwartungen geht die Stadt Ludwigshafen bei ihren Haushaltsplanungen von einer insgesamt lediglich moderat positiven wirtschaftlichen Entwicklung aus.

Überhöhte Staatsverschuldung, Reformverweigerung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit als Folge davon, belasten die Eurozone erheblich. Anstatt sich ihrer Verantwortung zu stellen und durch Haushaltskonsolidierung und Sozialreformen eine Besserung aktiv voran zu treiben, lehnen sich viele Regierungen zurück und überlassen der Notenbank (EZB) die Therapie. Wenn die Probleme nicht bei ihren Wurzeln angepackt werden, wird die Eurokrise noch weiter schwelen.

Auch in den Kommunen, so auch in Ludwigshafen sorgen staatlich zugewiesene Aufgaben, die nicht zur Einnahmenstruktur passen, für Finanznot.

Die Schere zwischen armen und reichen Städten in Deutschland geht weiter auseinander. Zwar konnten die deutschen Kommunen dank sprudelnder Steuereinnahmen und Hilfen ihrer Bundesländer erstmals seit 2008 den Gesamtschuldenstand reduzieren – wenn auch nur um 0,04 %.

Nach einer Untersuchung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young (EY) profitieren jedoch von der guten Konjunktorentwicklung längst nicht alle Städte.

In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen und dem Saarland stieg die Gesamtverschuldung der Kommunen 2013 weiter an. Am höchsten ist die Pro-Kopf-Verschuldung im Saarland und in Hessen. Jede zweite Kommune verbuchte ein Haushaltsdefizit, für das laufende Jahr rechnen sogar fast zwei Drittel der Städte mit höheren Ausgaben als Einnahmen. Die Stadt Ludwigshafen wird weder im Jahr 2015 noch 2016 ihren Ergebnishaushalt ausgleichen können.

Jede dritte Kommune glaubt nicht, dass sie ihre Schulden aus eigener Kraft zurückzahlen kann. Jede fünfte ist bereits unter einen kommunalen Rettungsschirm geschlüpft. Fünf Bundesländer haben Entschuldungsfonds für ihre klammen Kommunen aufgelegt: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Auch Ludwigshafen ist am 08.11.2012 dem Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz beigetreten. Das war zwar ein absolut notwendiger Schritt, aber ohne eine neue bundesweite Finanzarchitektur wird der Weg der Stadt in eine weitere Verschuldung nicht zu stoppen sein.

Die Stadt Ludwigshafen hat sich für die Jahre 2015 und 2016 erneut für einen Doppelhaushalt entschieden. Die dadurch gewonnene Zeit soll weiterhin auch dazu dienen, die inhaltliche Verständlichkeit und Transparenz des doppischen Haushalts zu steigern. Auch in Zukunft beabsichtigen wir, von der Möglichkeit der Doppelhaushaltsaufstellung Gebrauch zu machen.

2 Darstellungsfom des Haushaltes

2.1 Doppik

Bereits ab Mitte der 90er Jahre gab es verstärkt Forderungen nach einem neuen kommunalen Haushaltsrecht auf doppischer Grundlage. Auf der Ebene der Länder wurde bundesweit beschlossen, die kamerale Buchführung durch die doppische Buchführung abzulösen.

Als erster Schritt wurde in Rheinland-Pfalz das Landesgesetz zur Einführung der kommunalen Doppik (**KomDoppikLG**) erlassen. In ihm wurden die Gemeindeordnung, die Landkreisordnung und andere Kommunalgesetze an die Erfordernisse der Doppik angepasst. Nach dem KomDoppikLG sollten die Gemeinden die Doppik ab dem Haushaltsjahr 2007, spätestens aber im Jahr 2009 einführen.

Ludwigshafen hat auf **Beschluss des Stadtrates** vom 10.10.2005 die Doppik zum 01.01.2009 eingeführt.

Für die kommunale Praxis bedeutet dies vor allem, dass künftig flächendeckend **Abschreibungen** vorzusehen sind, die den Ressourcenverbrauch darstellen. Dies führt gegenüber der Kameralistik regelmäßig zu schlechteren Ergebnissen im Haushalt. Andererseits verbessert die Auflösung der **Sonderposten** (Zuwendungen für Investitionen) die Haushaltslage.

Die Zusammenhänge der Buchungen in die Sachkonten des Finanz- und des Ergebnishaushaltes, auf die Kostenstellen, die Kostenträger und die Anlagenbuchhaltung sind erheblich komplexer als das frühere Buchungssystem der Kameralistik. Auch die Darstellung von Kennziffern und Zielen im Haushalt erfordert einen erheblichen Mehraufwand. Natürlich sind die Ergebnisse auch grundsätzlich aussagefähiger. Ob sie in ihrer „Wucht und Masse“ auch ausreichend genutzt werden und nicht nur abschreckend wirken, bleibt abzuwarten.

2.2 Drei-Komponenten-System

Die kommunale Doppik beruht auf dem Drei-Komponenten-System.

Man unterscheidet dabei

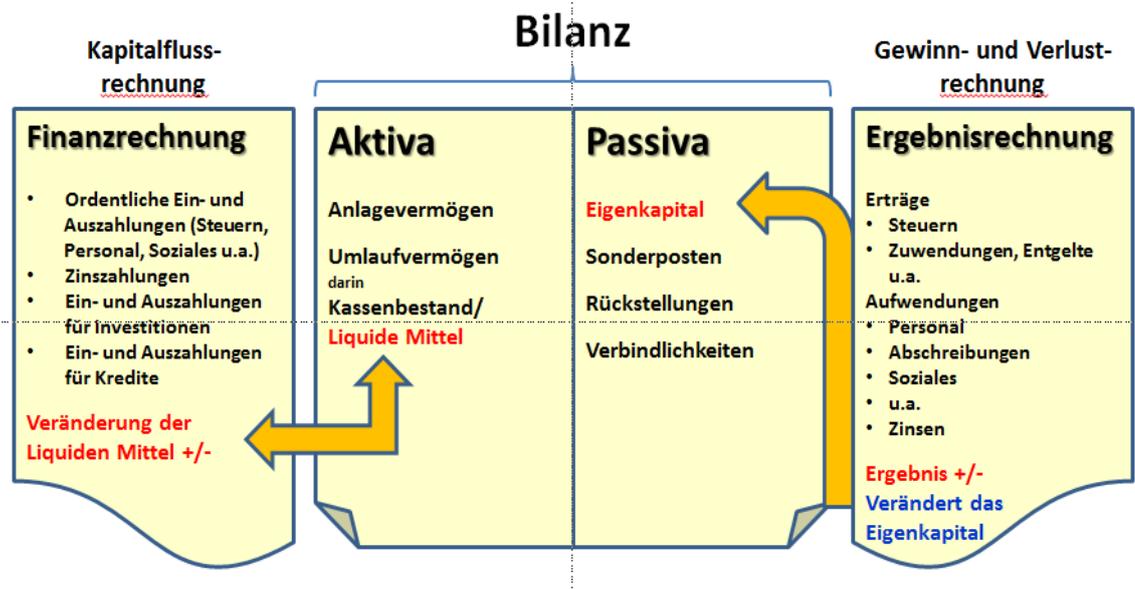
- Vermögensrechnung (Bilanz),
- Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) und
- Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung bzw. Cashflow-Rechnung).

Diese drei Komponenten sind **miteinander verbunden**, indem

- das Ergebnis der Finanzrechnung die Entwicklung der liquiden Mittel in der Bilanz widerspiegelt und
- das Ergebnis („Gewinn“ oder „Verlust“) der Ergebnisrechnung das Eigenkapital verändert.

Finanzrechnung und Ergebnisrechnung wiederum verbinden in vielen Fällen die einzelnen Geschäftsvorfälle bei ihrer Entstehung (Ertrag/Aufwendung) und ihrem Vollzug (Einzahlung/Auszahlung).

Das folgende Schaubild soll die Zusammenhänge verdeutlichen:



2.3 Bestandteile des Haushaltsplanes

Von diesen drei Komponenten können die Finanzrechnung und die Ergebnisrechnung als prospektive Rechnung (Planrechnung oder Haushaltsplan) oder als retrospektive Rechnung (Ergebnisrechnung oder Jahresrechnung) erscheinen.

Der **doppische Haushaltsplan** besteht daher grundsätzlich aus

- dem Ergebnishaushalt und
- dem Finanzhaushalt.

Diese werden wie bisher ergänzt um den **Stellenplan** und tiefer gegliedert in sogenannte **Teilhaushalte** (vgl. § 96 Abs. 4 GemO).

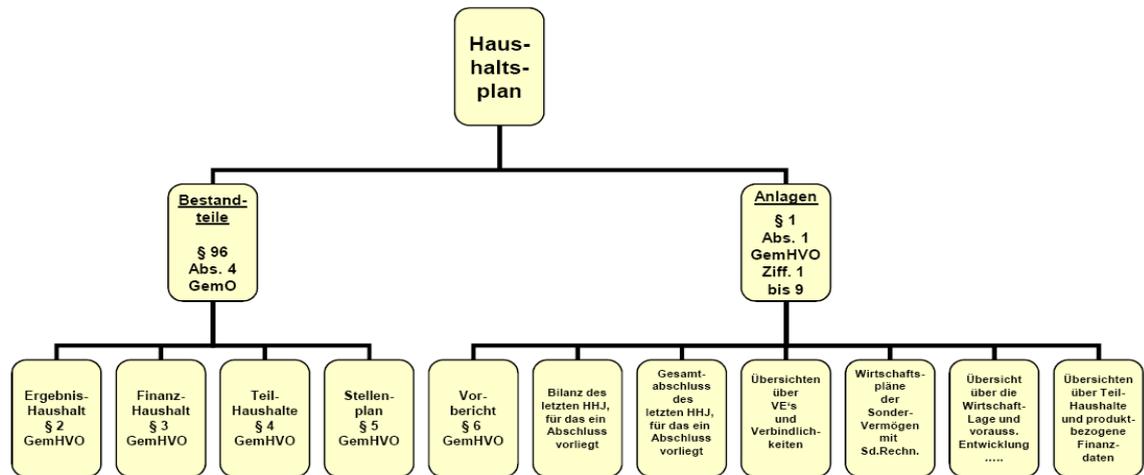
Im **Ergebnishaushalt** werden die laufenden Erträge und Aufwendungen dargestellt, insbesondere auch die Aufwendungen für Abschreibungen und die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten.

Im **Finanzhaushalt**

- werden die Einzahlungen und Auszahlungen dargestellt, insbesondere auch Einzahlungen und Auszahlungen für Geschäftsvorfälle, **die keine Erträge bzw. Aufwendungen** sind. Das sind
 - Investitionen und ihre Finanzierung und
 - die Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahme und Tilgung).

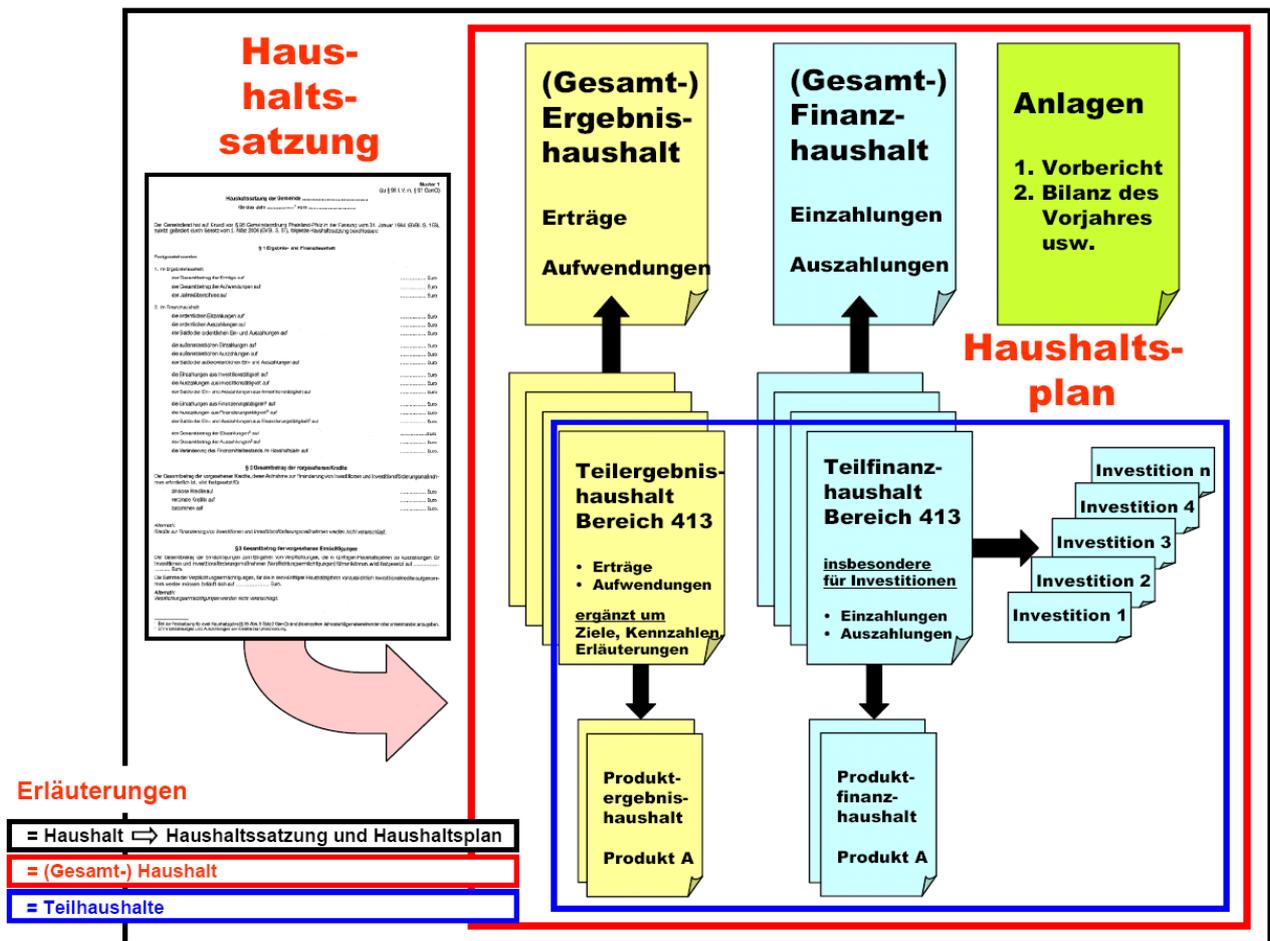
2.4 Gliederung des Haushaltes

Der Haushaltsplan ist Teil der **Haushaltssatzung** (§ 96 Abs. 1 GemO). Die Haushaltssatzung ist als **Anlage 1** beigefügt. Der Haushaltsplan besteht seinerseits aus Bestandteilen und Anlagen:



1. Für jeden Haushaltsplan gibt es einen (Gesamt-) Ergebnishaushalt und einen (Gesamt-) Finanzhaushalt.
2. Der Haushalt ist in **Teilhaushalte** einzuteilen (§ 4 GemHVO). In Ludwigshafen haben wir nach der bisherigen Praxis **Teilhaushalte institutionell nach der Organisation der Bereiche** eingerichtet.
Es gibt darüber hinaus sogenannte **fiktive Teilhaushalte**, in denen die Steuern, Zahlungen an verbundene Unternehmen und zentral zu veranschlagende Personalaufwendungen enthalten sind.
3. Die Teilhaushalte werden **produktorientiert** aufgestellt.
Im Haushalt stellt sich das so dar, dass unterhalb der Teilhaushalte auf Produktebene eine Tiefergliederung in Produktergebnishaushalt und Produktfinanzhaushalt vorgenommen wird. Damit wird der Verpflichtung zur Darstellung der **produktbezogenen Finanzdaten** nach § 4 Abs. 4 GemHVO Rechnung getragen.
4. **Investitionen** und Investitionsförderungsmaßnahmen sind im Teilfinanzhaushalt darzustellen (§ 4 Abs. 12 GemHVO), und zwar in dem Teilhaushalt, der für die Investition zuständig ist.
Das bedeutet, dass zum Beispiel
 - alle Straßenbaumaßnahmen nun im Teilhaushalt des Bereiches 4-14 „Tiefbau“ veranschlagt sind oder
 - Beschaffung des beweglichen Vermögens, das den Bereich „Finanzen“ betrifft, im Teilhaushalt 2-11 oder
 - Schulbaumaßnahmen im Teilhaushalt 4-13 „Gebäudemanagement“ zu ersehen sind und nicht etwa im Teilhaushalt 3-13 „Schulen“.

Graphisch gesehen stellen sich die Zusammenhänge wie folgt dar:



Einen Vermögenshaushalt im kameraleen Sinn gibt es nicht mehr. Allerdings werden Ein- und Auszahlungen für Investitionen gesondert im Finanzhaushalt dargestellt.

2.5 Vorzeichen

Bei der Darstellung der Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt werden verschiedene Vorzeichen verwendet.

Im **Ergebnishaushalt** / Ergebnisplan werden

- die Erträge als Minuszahlen und
- die Aufwendungen positiv dargestellt.

Wenn das Gesamtergebnis daher als positive Zahl erscheint, ist es ein Fehlbetrag.

Im **Finanzhaushalt** / Finanzplan erscheinen

- die Einzahlungen als positive Zahlen und
- die Auszahlungen negativ, also gerade umgekehrt.

Diese Darstellung hat daten- und buchungstechnische Gründe.

3 Eckdaten

3.1 Haushaltsausgleich

In der **kommunalen Doppik** müssen die Kommunen anders als in der früheren kameralen Buchungslogik **keine Pflichtzuführung** mehr erwirtschaften. Die Tilgung von Krediten ist kein Aufwand, der durch Erträge gedeckt werden muss.

Dies führt für Ludwigshafen zu dem unbefriedigenden aber folgerichtigen Schluss, dass die **Tilgung** von Krediten **durch die Aufnahme neuer Kredite** erfolgt. Wie früher werden die Tilgungen durch die Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung finanziert.

Die **Abschreibungen** hingegen führen zu einer erhöhten Belastung des Ergebnishaushaltes. Der Werteverzehr des Anlagevermögens ist Aufwand und belastet das Eigenkapital in voller Höhe.

Die Auflösung der **Sonderposten** (Erträge aus Zuwendungen, Beiträgen u.ä.) hingegen entlastet den Ergebnishaushalt.

Der Haushalt ist in der **Planung** ausgeglichen, wenn

- der Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung von Ergebnisvorträgen aus Vorjahren mindestens ausgeglichen ist und
- im Finanzhaushalt der Saldo (Anlage 3; FH 26) unter Berücksichtigung von vorgetragenen Beträgen zur Auszahlung der planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten ausreicht (Anlage 3; FH 44) - § 18 Abs. 1 GemHVO.

Im **Ergebnishaushalt 2015/2016** ergeben sich Jahresfehlbeträge von **73.744.615 und 73.181.107 EURO**. Im **Finanzhaushalt** errechnet sich jeweils ein Minus beim Saldo der ordentlichen Einzahlungen und Auszahlungen von **43.350.665 und 35.770.623 EURO**.

Die Haushalte 2015/2016 sind somit nicht ausgeglichen.

Die Jahresergebnisse des gesamten Planungszeitraumes lauten:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 28	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) (Summe EH 24 und EH 27)	46.446.528	60.383.243	73.744.615	73.181.107	73.817.471	73.280.632

3.2 Ergebnishaushalt

3.2.1 Begriffe

Der Ergebnishaushalt beinhaltet die **Erfolgsgrößen**

- Aufwand und
- Ertrag.

Die Differenz dieser beiden Größen bildet das **Ergebnis**, das ein Gewinn oder ein Verlust sein kann.

Zur Darstellung des Ressourcenverbrauchs enthält der Ergebnishaushalt auch die **nicht kassenwirksamen Abschreibungen** und auch die **Sonderposten**. Daher kann man das Resultat des Ergebnishaushaltes ohne Abschreibungen und Sonderposten mit dem Ergebnis des kameraleen Haushaltes (in Ludwigshafen in den letzten Jahren regelmäßig ein Fehlbetrag) vergleichen.

Der **Gesamtergebnisplan** der Haushaltsjahre 2015/2016 ist als **Anlage 2** beigefügt.

Da Verluste das bilanzielle Eigenkapital verringern, ist es ohne grundlegende Veränderung der derzeitigen Rahmenbedingungen nur eine Frage der Zeit, wann die Bilanz der Stadt Ludwigshafen kein Eigenkapital mehr, sondern einen „**Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag**“ ausweist. Die Stadt Ludwigshafen wäre dann bilanziell **überschuldet**.

3.2.2 Allgemeine Daten

Im Ergebnis- (und Finanzhaushalt) der Jahre 2015/2016 sind grundsätzlich die

- Ergebnisse des Haushaltsvorjahres (2013),
- die Ansätze des Haushaltsvorjahres (2014) ,
- die Ansätze der Haushaltsjahre (2015/2016) und
- die Planungsdaten der folgenden zwei Haushaltsjahre (2017 und 2018) darzustellen (§ 1 Abs. 2 GemHVO).

Nach den Regeln der kommunalen Doppik ist daher die **Finanzplanung** in den Haushaltsplan **integriert**.

Die Ergebnisse lt. Ergebnishaushalt für die Jahre 2013 bis 2018 kann man nur dann annähernd mit den kameraleen Ergebnissen vergleichen, wenn man vorher die bisher nicht veranschlagten Aufwendungen für Abschreibungen abzieht und die Sonderposten hinzuzählt. Sie lauten dann wie folgt (in EURO):

Rubrikennummer	Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 28	Jahresergebnis	46.446.527,52	60.383.243	73.744.615	73.181.107	73.817.471	73.280.632
EH 14	AfA (Aufwendungen für Abschreibung)	46.084.562,00	44.719.286	43.672.537	44.832.088	45.673.576	46.433.030
	Sonderposten (vgl. 3.2.3.3)	-8.715.006,09	-8.678.783	-8.758.852	-9.477.776	-10.103.614	-10.508.350
	Bereinigtes Ergebnis	9.076.971,61	24.342.739	38.830.930	37.826.796	38.247.509	37.355.952

Die Abweichungen von den Daten der Zeile FH 22 „Saldo der ordentlichen Einzahlungen und Auszahlungen“ des Finanzplanes (vgl. **Anlage 3**) beruhen auf

- diversen Zahlungsströme, die von der periodengerechten Planung des Ergebnishaushaltes abweichen oder

- von nicht ergebniswirksamen Zahlungen, die über die Auflösung von Rückstellungen finanziert werden, wie z.B. Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

3.2.3 Einzelne Erträge und Aufwendungen

In § 2 Abs. 1 GemHVO ist aufgezählt, welche Posten im Ergebnishaushalt mindestens dargestellt werden müssen.

Nachfolgend werden die wesentlichen Erträge und Aufwendungen in ihrer Entwicklung dargestellt.

3.2.3.1 Steuern u.ä. Abgaben

Die Kontengruppe 40 umfasst die Steuern und ähnliche Abgaben.

Bei den **Steuern** handelt es sich vor allem um die Realsteuer (Gewerbe- und Grundsteuer), die Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer, sowie Vergnügungssteuer und Hundesteuer.

Ähnliche Abgaben sind Ausgleichsleistungen von Bund und Land im Rahmen des **Familienleistungsausgleiches** und der Grundsicherung.

Bei den Steuern wurden folgende Ansätze erfasst:

Steuer	Rechnung 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
Grundsteuer A	-92.258	-104.000	-93.000	-93.000	-93.000	-93.000
Grundsteuer B	-30.390.022	-29.600.000	-30.000.000	-30.200.000	-29.600.000	-29.600.000
Gewerbsteuer	-168.500.042	-175.000.000	-177.000.000	-177.000.000	-177.000.000	-177.000.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-54.890.036	-58.830.000	-59.040.000	-62.290.000	-65.640.000	-69.040.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-18.186.858	-18.720.000	-17.290.000	-17.900.000	-18.410.000	-19.030.000
Vergnügungssteuer	-2.388.508	-3.400.000	-3.400.000	-3.400.000	-3.400.000	-3.400.000
Hundesteuer	-721.002	-700.000	-721.000	-721.000	-721.000	-721.000
Jagdsteuer	-1.960	-2.050	-2.000	-2.000	-2.000	-2.000
Zweitwohnungssteuer	-147.736	-140.000	-140.000	-140.000	-140.000	-140.000
Familienleistungsausgleich	-5.496.340	-5.540.000	-5.610.000	-6.230.000	-6.400.000	-6.530.000
Steuern und ähnliche Abgaben brutto	-280.814.762	-292.036.050	-293.296.000	-297.976.000	-301.406.000	-305.556.000
Gewerbsteuerumlage	30.768.182	32.000.000	32.568.000	32.568.000	32.568.000	32.568.000
Steuern und ähnliche Abgaben netto	-250.046.581	-260.036.050	-260.728.000	-265.408.000	-268.838.000	-272.988.000
Gewerbsteuer netto	-137.731.861	-143.000.000	-144.432.000	-144.432.000	-144.432.000	-144.432.000
In vH. (Lt. Rechnung bzw. Ansatz /Plan)	18,4	18,4	17,04	17,04	17,04	17,04
Aktueller Hebesatz	375	375	405	405	405	405
Vervielfältiger	69	69	69	69	69	69

Als Teilmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung wurde ab 2010 der Hebesatz der **Grundsteuer B** von 390 auf 420 v.H. erhöht sowie die **Vergnügungssteuer** um weitere Steuertatbestände erweitert.

Ebenfalls wurden zur Haushaltskonsolidierung und im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds zusätzlich weitere Maßnahmen beschlossen und veranschlagt:

- Der Hebesatz der **Gewerbsteuer** wurde ab 2012 von 360 auf 375 v.H. erhöht
- Bei der **Vergnügungssteuer** wurde der Steuersatz auf Geräte mit Gewinnmöglichkeit nach Freigabe der landesgesetzlich geregelten Deckelung auf Abrechnung nach den Einspielsummen (12 v.H.) umgestellt. Ab 2014 erfolgte eine Erhöhung des

Steuersatzes auf 18 v.H.

- Durch die Einführung einer **Zweitwohnungssteuer** werden zusätzliche Erträge erzielt. Es werden zurzeit 140.000 EURO jährlich in den Haushalt eingestellt.

Darüber hinaus soll der Gewerbesteuerhebesatz ab 2015 von 375 v.H. auf 405 v.H. erhöht werden. Die zusätzlichen Einnahmen werden insbesondere dazu benutzt um die Verpflichtungen aus dem neuen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag mit den Technischen Werken Ludwigshafen AG (jährlich durchschnittlich 8 Mio. Euro für ÖPNV) zu kompensieren. Mehreinnahmen, die über die 8 Mio. Euro hinausgehen, sollen zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden.

Die Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes wirkt sich aufgrund des anzuwendenden Vervielfältigers auf den Umlagesatz aus. Wie im nachfolgenden Schaubild dargestellt, beträgt dieser ab 2015 neu 17,04%. Da die Erhöhung des Hebesatzes gemeinsam mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltsplans im Stadtrat beschlossen wurde, sind die Gewerbesteuerumlage und die sich daraus errechnete Netto-Gewerbesteuer aufgrund des Prinzips der vorsichtigen Veranschlagung noch auf Basis des alten Umlagesatzes von 18,4% kalkuliert. Eine Anpassung der Gewerbesteuerumlage ist im Rahmen der Aufstellung des 1. Nachtragshaushaltsplans 2015 vorgesehen.

Gesondert dargestellt werden wie in den Vorjahren die Entwicklung

- a. der Gewerbesteuer,
- b. des Anteils an der Einkommensteuer,
- c. des Anteils an der Umsatzsteuer.

a) Gewerbesteuer

Die **Gewerbesteuer** wurde aufgrund der derzeitigen Kenntnisse für die Jahre 2015/2016 unter Berücksichtigung eines Hebesatzes von 405 v.H. mit 177 Mio. EURO veranschlagt.

Jahr	Brutto	Netto nach Abzug der GewSt.- Umlage
2013 Rechnung	168,5 Mio. EURO	137,7 Mio. EURO
2014 Ansatz	175,0 Mio. EURO	143,0 Mio. EURO
2015 Ansatz	177,0 Mio. EURO	144,4 Mio. EURO
2016 Ansatz	177,0 Mio. EURO	144,4 Mio. EURO
2017 Plan	177,0 Mio. EURO	144,4 Mio. EURO
2018 Plan	177,0 Mio. EURO	144,4 Mio. EURO

Bei der **Gewerbesteuerumlage** wurde von den Umlagesätzen, die nach den derzeitigen Veröffentlichungen bekannt waren, ausgegangen. Weitere Erkenntnisse über die Entwicklung des Vervielfältigers bei der Gewerbesteuerumlage liegen zurzeit noch nicht vor.

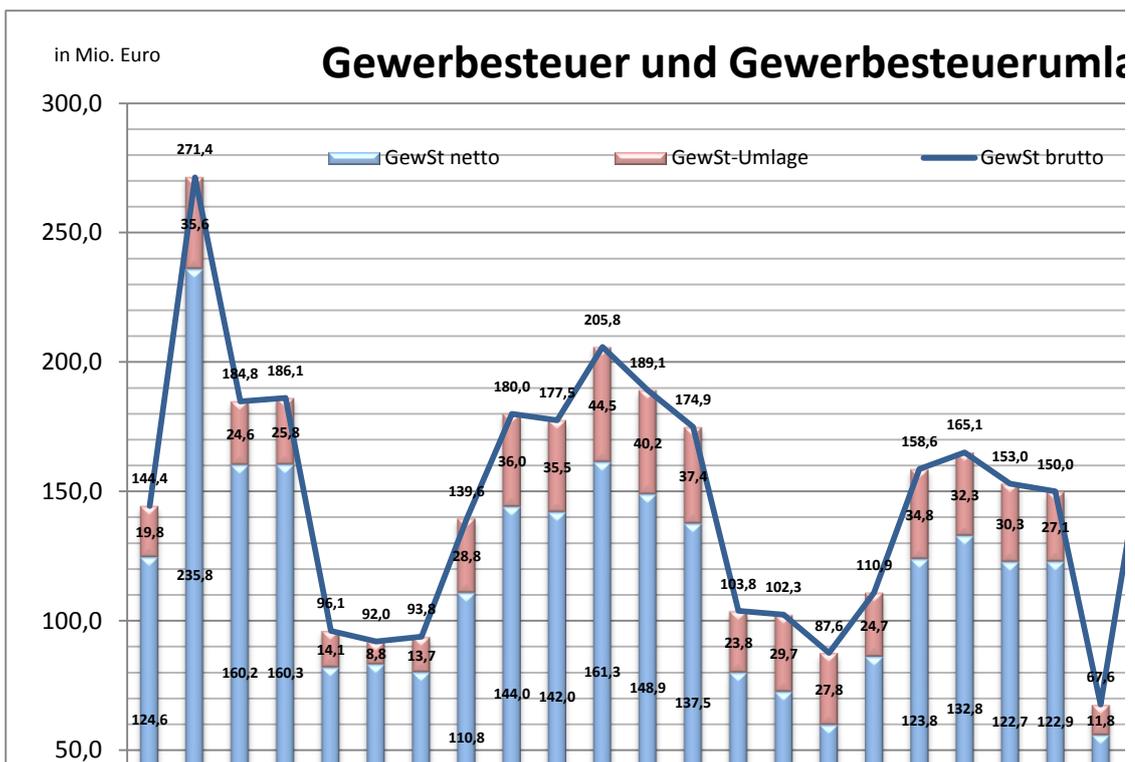
Es werden folgende Umlagesätze angewandt (keine Änderung seit 2012):

Jahr	Anteil nach Ausgabenzweck						Anteil Bund / Land		Anteil Ludwigshafen		Bemerkung	
	Normalsatz bzw. Steuersenkungsgesetz		Für Fonds Deutsche Einheit	Solidarpakt, Steuer-senkungs-gesetz, GewSt-Änderungs-gesetz	Nach dem Standort-sicherungs-gesetz	Nach dem Steuer-senkungs-gesetz 2000	Summe Vervielfältiger	Bund	Länder	Anteil Ludwigshafen		Umlage in Prozent (100 / Hebesatz Sp. 11 x Vervielfältiger Sp. 8)
	Bund und Länder jeweils 50 % (ab 2004 Bund 100%)	Erhöhung infolge Gewerbe-kapital-steuer-Ab-schaf-fung 100 % Länder										
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
2010	14,5	6	7	43,5	0	0	71	14,5	56,5	360	19,72222	HH-Rund-schr. 2010
2011	14,5	6	6	43,5	0	0	70	14,5	55,5	360	19,44444	HH-Rund-schr. 2011
2012	14,5	6	5	43,5	0	0	69	14,5	55,5	375	18,4	HH-Rund-schr. 2012
2013	14,5	6	5	43,5	0	0	69	14,5	55,5	375	18,4	HH-Rund-schr. 2013
2014	14,5	6	5	43,5	0	0	69	14,5	55,5	375	18,4	HH-Rund-schr. 2014
2015	14,5	6	5	43,5	0	0	69	14,5	55,5	405	17,03704	HH-Rund-schr. 2014

Der Anteil der Stadt Ludwigshafen in Prozent errechnet sich nach folgender Formel:

$$100 : \text{Hebesatz} \times \text{Prozentpunkte}$$

Das folgende Schaubild beruht auf den veranschlagten und zur Zeit bekannten Umlage-Beträgen:



b) Einkommensteuer

Die voraussichtlichen Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der **Einkommensteuer** wurden auf Grundlage der regionalisierten Steuerschätzung von Mai 2014 veranschlagt. Für die Jahre 2015 ff geht man von einer kontinuierlichen aber mäßigen Steigerung der Erträge aus. Risiken durch die Schuldenkrise in Europa bleiben auch hier bestehen.

Der **Anteil** der einzelnen Kommunen an dem landesweiten Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer wird für jeweils drei Jahre neu berechnet.

Der Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer der Stadt Ludwigshafen am Rhein hat sich seit 1970 wie folgt entwickelt:

Zeitraum	Anteil am Landes-aufkommen in %	Veränderung gegenüber Vorjahre in %	Einkommensgrenze in DM	Einkommensgrenze in EURO
1970 und 1971	8,2812515		15.000/32.000	
1972 bis 1974	7,9857457	-3,568	15.000/32.000	
1975 bis 1978	7,0225537	-12,061	15.000/32.000	
1979 bis 1981	7,0465093	0,341	25.000/50.000	
1982 bis 1984	5,8849555	-16,484	25.000/50.000	
1985 bis 1987	5,57096	-5,336	32.000/64.000	
1988 bis 1990	5,33415	-4,251	32.000/64.000	
1991 bis 1993	5,22679	-2,013	32.000/64.000	
1994 bis 1996	5,08651	-2,684	40.000/80.000	
1997 bis 1999	4,62407	-9,091	40.000/80.000	
2000 bis 2002	4,46259	-3,492	50.000/100.000	
2003 bis 2005	4,14247	-7,173		30.000/60.000
2006 bis 2008	3,80486	-8,150		30.000/60.000
2009 bis 2011	3,84425	-7,199		30.000/60.000
2012 bis 2014	3,81521	-0,755		35.000/70.000

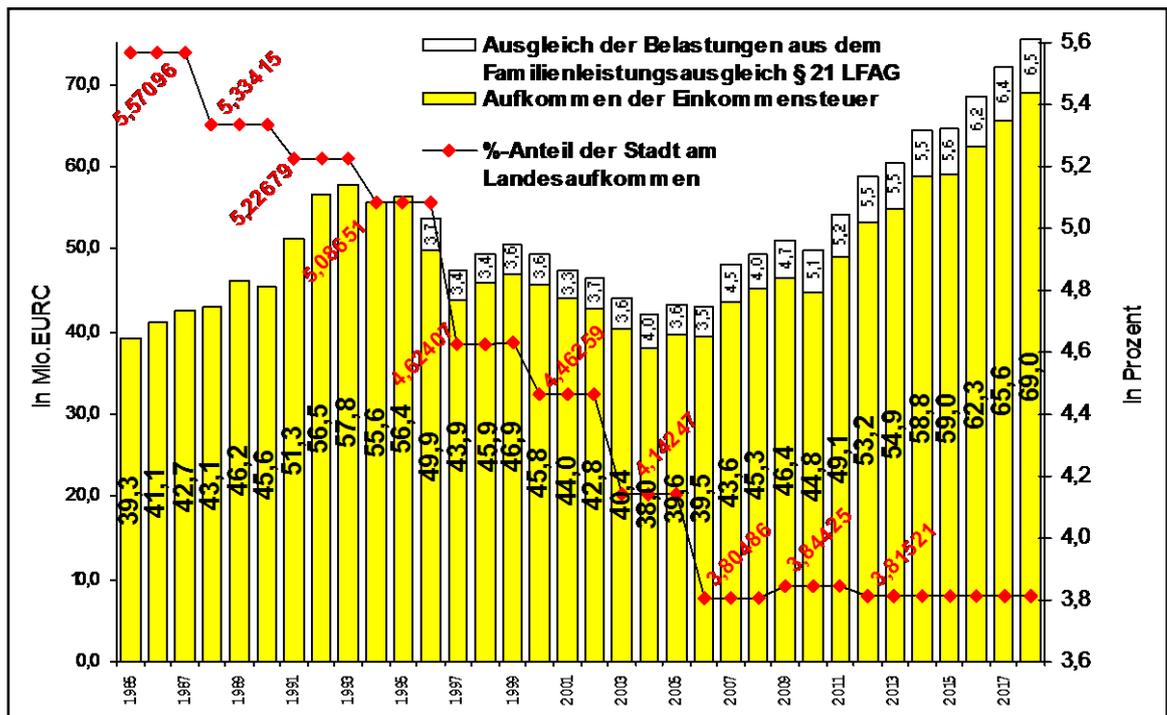
Für 2012 bis 2014 beträgt dieser Einkommensteueranteil der Stadt Ludwigshafen bei einer Einkommensgrenze für Ledige/Verheiratete von 35.000/70.000 EURO **3,81521 v.H.** (bis 2011 = 3,84425 v.H.). Für 2015 lagen die aktuellen Werte zum Zeitpunkt der Erstellung des Vorberichtes noch nicht vor.

Veranschlagt wurden

2013	Rechnung	54.890 TEUR
2014	Ansatz	58.830 TEUR
2015	Ansatz	59.040 TEUR
2016	Ansatz	62.290 TEUR
2017	Plan	65.640 TEUR
2018	Plan	69.040 TEUR

Die voraussichtliche Entwicklung der Einkommensteuer bis 2018 beschreibt folgendes Schaubild:

Einkommensteuer



c) Umsatzsteuer

Der Gemeindeanteil an der **Umsatzsteuer** (2,2 v.H. des Gesamtaufkommens) wurde als **Ersatz** für die ab 1998 abgeschaffte **Gewerbekapitalsteuer** eingeführt.

Die voraussichtlichen Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der **Umsatzsteuer** wurden auf Grundlage der regionalisierten Steuerschätzung von Mai 2014 veranschlagt. Auch hier bleiben Risiken durch die Schuldenkrise in Europa bestehen.

Der Anteil der Stadt Ludwigshafen am Landesaufkommen der Umsatzsteuer hat sich wie folgt entwickelt:

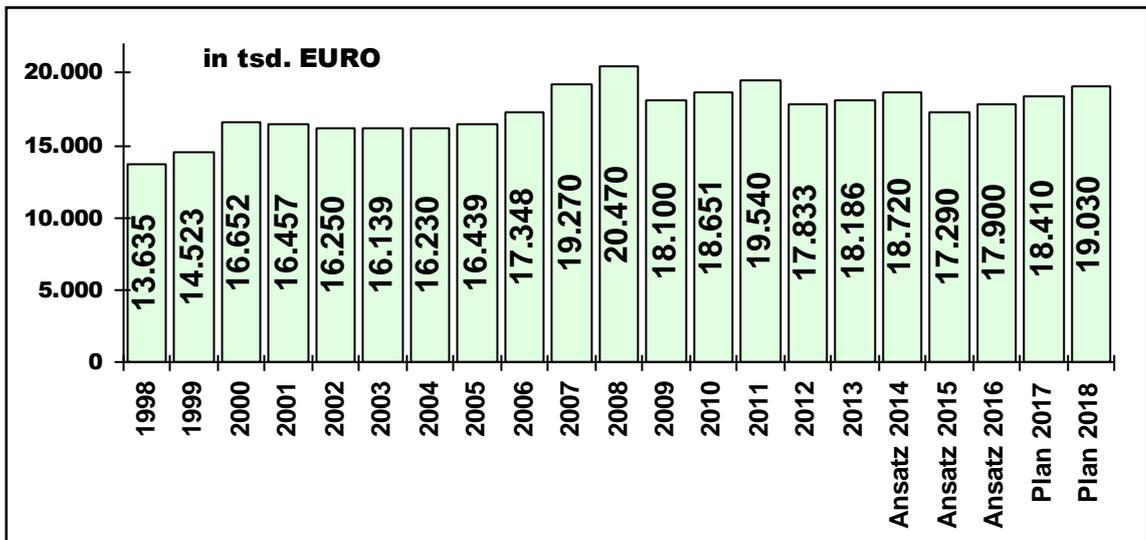
1998 und 1999	12,53343 %
2000 bis 2008	14,17944 %
2009 bis 2011	12,85345 %
2012 bis 2014	11,41427 %
ab 2015	10,22942 %

Der Verteilungsschlüssel soll in den Jahren 2015 und 2018 neu berechnet werden (§ 5 c Gemeindefinanzreformgesetz).

Dabei wird die Berechnungsgrundlage „**Anteil der Gemeinde an der Gewerbekapitalsteuer**“ sukzessive immer weniger Gewicht finden und ab 2018 endgültig wegfallen. Es bleibt abzuwarten, ob dies gerade für die Stadt Ludwigshafen nachteilige Auswirkungen hat.

Die voraussichtliche Entwicklung der Umsatzsteuer zeigt folgendes Schaubild:

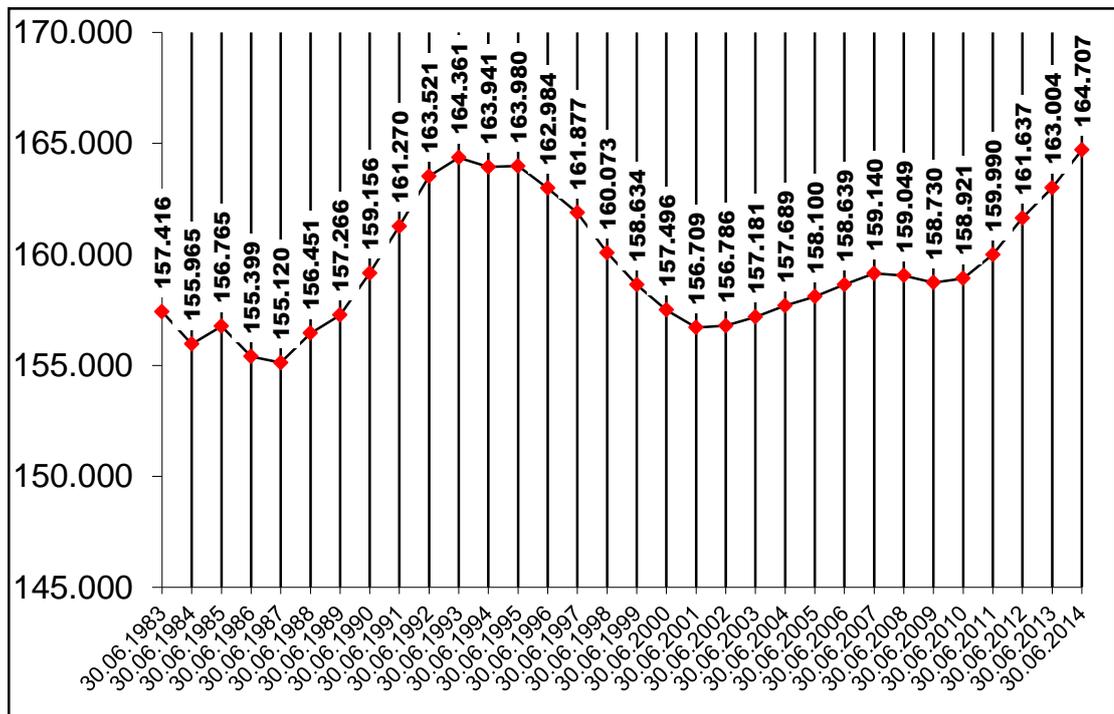
Umsatzsteuer



3.2.3.2 Finanzausgleichsleistungen (Erträge und Aufwendungen)

Für die Berechnung der Schlüsselzuweisung und der Finanzausgleichsumlage ist die maßgebende **Einwohnerzahl** (Einwohner mit 1. Wohnsitz) zu berücksichtigen.

Diese Einwohnerzahl hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:



Die Erträge und Aufwendungen im Rahmen des Finanzausgleiches wurden aufgrund der Steuerschätzung im Mai 2014 abgeleitet. Diese sind aber auch ausdrücklich als vorläufig zu bezeichnen. Die Orientierungsdaten zur Haushaltsplanung 2015 des Statistischen Landesamtes lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Vorberichtes noch nicht vor.

Es wurden folgende Beträge veranschlagt:

Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
Schlüsselzuweisung B 1	-7.435.302	-9.943.244	-10.047.127	-10.047.127	-10.047.127	-10.047.127
Schlüsselzuweisung C 1		-2.989.924	-2.992.332	-3.040.000	-3.460.000	-3.600.000
Schlüsselzuweisung C 2		-10.396.994	-14.930.027	-14.930.027	-14.930.027	-14.930.027
Straßenzuweisungen	-891.539,00	-820.000,00	-828.530,00	-828.530,00	-828.530,00	-828.530,00
Fonds Deutsche Einheit	366.308	658.610	560.281	560.281	560.281	560.281
Finanzausgleichsumlage	13.179.396	9.326.763	9.019.026	9.019.026	9.019.026	9.019.026
Bezirksverband Pfalz	3.063.916	3.030.800	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000

Den Landeszuweisungen für Schülerbeförderung (2015 und 2016: je 2.259 TEUR) stehen Aufwendungen für Schülerbeförderung i.H.v. 2015: 2.514 TEUR bzw. 2016: 2.602 TEUR (Budget 313) gegenüber.

Die für den Finanzausgleich maßgebende **Finanzkraft** für das Jahr 2015 errechnet sich wie folgt:

Finanzkraft 2015						
Quartal	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Einkommensteueranteil	Ausgleichsleistungen nach § 21 LFAG	Umsatzsteueranteil
4/2013	20.195	7.246.775	41.982.425	14.201.348	1.477.181	4.638.609
1/2014	20.329	5.424.432	31.174.994	14.997.785	1.432.498	4.419.384
2/2014	17.939	7.428.118	41.852.251	13.768.710	1.478.425	4.766.914
3/2014	32.053	9.674.327	57.690.044	13.327.172	1.477.897	4.622.262
Erlasse	0	0	0	0	0	0
Summe 1.-3. Qu.	70.321	22.526.877	130.717.289	42.093.667	4.388.820	13.808.560
Summe	90.516	29.773.652	172.699.714	56.295.015	5.866.001	18.447.169
: Hebesatz 4. Qu.	320	420	375			
= Grundzahl 4. Qu.	6.311	1.725.423	11.195.313			
* Vervielfältiger	300	365	296			
Steuerkraftzahl = Grundzahl *	18.933	6.297.794	33.138.126			
: Hebesatz 1.-3. Qu.	320	420	375			
= Grundzahl 1.-3. Qu.	21.975	5.363.542	34.857.944			
Billigkeitserlasse		0				
		5.363.542				
* Vervielfältiger	300	365	296			
Steuerkraftzahl = Grundzahl *	65.925	19.576.928	103.179.514			
Summe Steuerkraftzahlen	84.858	25.874.722	136.317.640	56.295.015	5.866.001	18.447.169
Steuerkraftmesszahl	§ 13 LFAG	242.885.405			Steuerkraft je Einwohner	1.474,65
+ Schlüsselzuweisung A			0	Einwohnerzahl am 30.06.2014	164.707	
= Finanzkraftmesszahl	§ 12 LFAG	242.885.405			Finanzkraft je Einwohner	1.474,65

Die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches in den letzten Jahren kann der **Anlage 6** entnommen werden.

3.2.3.3 Sonderposten

Im Ergebnishaushalt sind seit 2010 flächendeckend Sonderposten veranschlagt.

Bei Sonderposten handelt es sich um für investive Maßnahmen geleistete Zuwendungen oder Zuschüsse, die analog zur Abschreibung der Investition aufgelöst werden müssen.

Während Abschreibungen Aufwendungen sind, handelt es sich bei den Sonderposten um Erträge, die das Ergebnis verbessern.

In den Jahren 2013 ff. waren bzw. wurden folgende Auflösungsbeträge bei den Sonderposten veranschlagt:

Rubriken-nummer	Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
4151000	Sonderposten aus Zuwendungen	-6.427.287	-5.853.539	-6.230.939	-6.229.705	-6.227.368	-6.223.771
4159000	Sonstige Sonderposten	-1.469.764	-1.386.475	-1.459.934	-1.459.935	-1.459.934	-1.459.933
4370000	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für	-817.955	-1.438.769	-1.067.979	-1.788.136	-2.416.313	-2.824.647
	Sonderposten	-8.715.006	-8.678.783	-8.758.852	-9.477.776	-10.103.614	-10.508.350

3.2.3.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte sind vor allem

- Gebühren für die Erteilung von Bescheiden,
 - Gebühren für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen,
 - Parkgebühren,
 - Beiträge für die Kindertagesstätten,
- (Erträge der Kontengruppe 43).

Die größeren Positionen entwickeln sich wie folgt:

Rubriken-nummer	Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.491.308	-13.838.328	-13.723.522	-14.496.379	-15.155.055	-15.563.389
	darin						
4311000	Passgebühren	-580.173	-805.743	-580.170	-580.170	-580.170	-580.170
4312000	Gebühren für die Erteilung von Bescheiden (u.a. Ge	-5.653.296	-4.076.998	-4.037.598	-4.062.298	-4.062.298	-4.062.298
4317000	Ersatz von Abschleppkosten	-126.468	-123.585	-270.000	-270.000	-270.000	-270.000
4319000	sonstige Verwaltungsgebühren	-1.033.056	-877.390	-1.113.707	-1.113.707	-1.113.707	-1.113.707
4321000	Entgelte für die Benutzung von öffentlichen Einric	-2.367.799	-2.649.583	-3.012.616	-3.012.616	-3.042.616	-3.042.616
4321501	Benutzungsgebühren Mundenheim West	-329.999	-340.000	-350.000	-350.000	-350.000	-350.000
4321502	Benutzungsgebühren Bayreuther Strasse	-421.156	-400.000	-430.000	-430.000	-430.000	-430.000
4322500	für die Sondernutzung von Straßen	-717.100	-342.230	-342.230	-342.230	-342.230	-342.230
4322800	Parkgebühren	-883.587	-990.200	-990.200	-990.200	-990.200	-990.200
4327100	Kindertagesstättenbeitrag	-703.507	-830.000	-725.000	-743.000	-743.000	-743.000
4327300	Tagespflegebeitrag	-165.723	-130.000	-170.000	-180.000	-180.000	-180.000
4350000	Beteiligung Schülerbetreuung	-241.183	-234.956	-244.183	-244.183	-244.183	-244.183
4366000	Feldschutzbeitrag	-102.675	-97.199	-123.370	-123.370	-123.370	-123.370
4369000	Sonstige	-188.712	-221.163	-3.470	-3.470	-3.470	-3.470
4370000	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für B	-817.955	-1.438.769	-1.067.979	-1.788.136	-2.416.313	-2.824.647

3.2.3.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Privatrechtliche Leistungsentgelte sind unter anderem

- Erträge aus Mieten und Pachten,
 - Erträge aus Eintrittsgeldern,
- (Erträge der Kontengruppe 44).

Die größeren Positionen entwickeln sich wie folgt:

Rubrikennummer	Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.065.565	-9.891.143	-10.254.044	-10.300.866	-10.294.606	-10.308.272
	darin						
4412000	Mieten und Pachten	-3.078.091	-3.046.358	-3.010.019	-3.010.019	-3.027.019	-3.027.019
4412100	Mieteinnahmen	-1.168.766	-1.143.632	-1.112.145	-1.112.145	-1.112.145	-1.112.145
4412101	Miete, Vereine und Institutionen	-49.121	-48.380	-250.100	-250.100	-250.100	-250.100
4412102	Miete, Werksdienstwohnungen/ Werksmietwohnungen	-86.459	-109.868	-89.848	-89.848	-89.848	-89.848
4412106	Miete, Verwaltungsräume (für externe)	-113.021	-108.536	-120.250	-120.250	-120.250	-120.250
4412120	Nebenkostenvorauszahlung	-230.904	-218.163	-234.489	-234.489	-234.489	-234.489
4412122	Heizkostenvorauszahlung	-168.081	-153.687	-231.232	-231.232	-231.232	-231.232
4413000	Kindertagesstätten	-1.248.329	-1.360.000	-1.539.796	-1.578.096	-1.578.096	-1.578.096
4416000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen und Einrichtungen	-1.961.473	-1.757.391	-1.876.824	-1.876.450	-1.878.450	-1.878.824
4417000	Beteiligung Schülerbetreuung	-116.839	-132.448	-116.880	-116.880	-116.880	-116.880
4419000	Sonstige privatrechtliche Leistungserträge	-592.917	-484.034	-482.419	-488.219	-467.419	-473.219
4419103	Ersatz von Personalkosten	-193.992	-172.000	-211.500	-211.500	-211.500	-211.500
4419106	Fernmeldegebührenersatz	-162.027	-150.000	-150.000	-150.000	-150.000	-150.000
4419107	Vermischte Einnahmen	-57.796	-215.539	-83.270	-83.270	-83.270	-83.270
4419122	Erstattung Unterhaltsreinigung, Eigenbetriebe	-153.477	-175.000	-155.000	-155.000	-155.000	-155.000

3.2.3.6 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Bei den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes bilden die Personal- und Versorgungsaufwendungen nach den Aufwendungen der sozialen Sicherung den zweitgrößten Block.

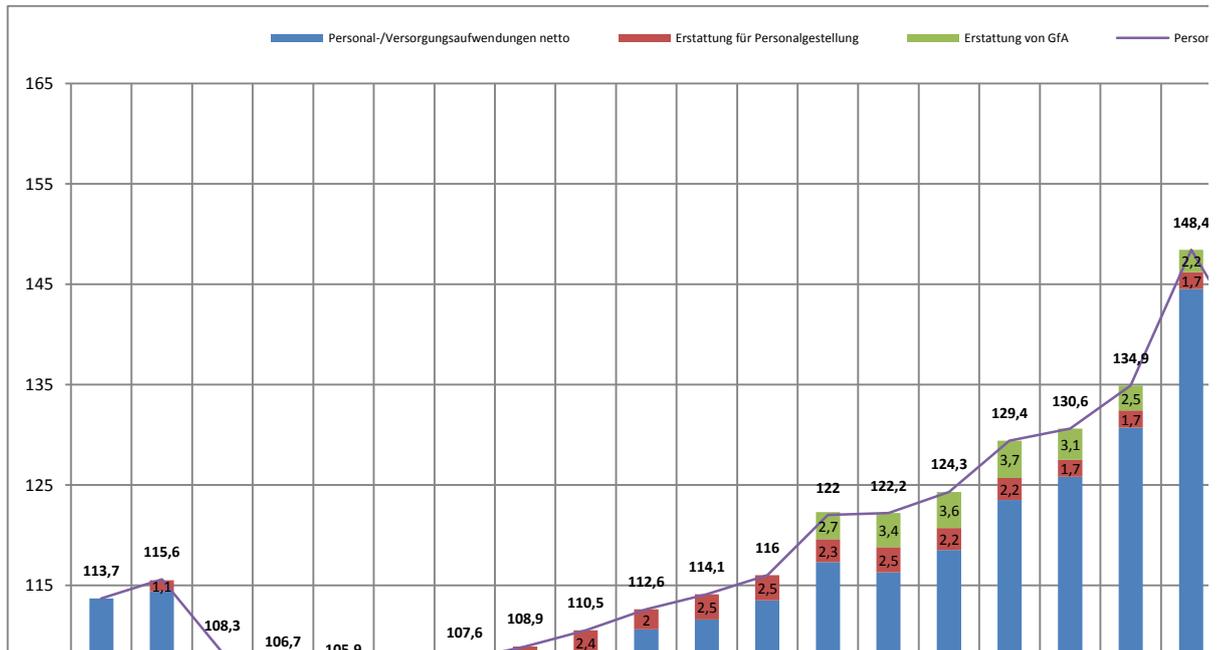
Sie setzen sich aus den Posten des Ergebnishaushaltes

- Personalaufwendungen (Kontengruppe 50) und
- Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51)

zusammen.

Rubrikennummer	Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 11	Personalaufwendungen	123.176.460	128.198.988	132.787.533	134.892.517	135.475.125	136.304.483
	darin						
5021100	Dienstbezüge - Beamte	23.720.571	24.635.100	24.747.355	24.849.895	24.865.116	24.875.622
5022100	Vergütungen - Arbeitnehmer	71.074.156	74.463.562	80.692.039	82.171.231	82.777.561	83.642.437
5022200	Leistungszulagen - Arbeitnehmer	1.268.732	1.170.192	956.259	979.923	979.119	976.741
5029100	Vergütungen - Sonstige	1.920.961	1.760.954	1.710.583	1.751.065	1.750.993	1.750.993
5029400	Ausbildungsentgelte und -bezüge	1.432.834	1.502.974	1.372.612	1.393.114	1.393.114	1.393.114
5032000	Beiträge zu Versorgungskassen - Arbeitnehmer	6.047.843	6.588.829	6.043.219	6.172.079	6.168.774	6.157.930
5042000	Sozialversicherungsbeiträge - Arbeitnehmer	14.173.102	14.572.118	13.963.785	14.225.608	14.218.324	14.193.997
5051000	Beihilfen, Unterstützungsleistungen - Beamte	1.574.502	1.646.657	1.566.401	1.597.274	1.567.274	1.567.274
EH 12	Versorgungsaufwendungen	19.569.239	17.878.812	19.498.589	19.697.005	19.901.543	20.100.247
	darin						
5111000	Versorgungsaufwendungen - Beamte	2.646.009	6.258.120	6.167.519	6.182.078	6.185.447	6.187.450
5141000	Unterstützungsleistungen Versempf. - Beamte	387.604	1.931.438	2.103.070	2.225.927	2.227.096	2.227.797
5151000	Zuf. Pensionsrückstellungen Versempf. - Beamte	13.414.911	8.421.149	9.830.000	10.014.000	10.214.000	10.410.000
5161000	Zuf. Pensionsrückstellungen Versempf. - Beamte	2.999.965	1.083.781	1.271.500	1.148.500	1.148.500	1.148.500
Summe	Personal- und Versorgungsaufwendungen	142.745.698	146.077.800	152.286.122	154.589.521	155.376.668	156.404.730

Die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen seit 1993 stellt sich wie folgt dar:



Die Personal- und Versorgungsaufwendungen und ihre jährlichen Veränderungen in absoluten Zahlen in Prozent betragen (in Mio. EURO):

Jahr	brutto	Veränderung in v.H.	netto nach Abzug von Erstattungen	Veränderung in v.H.
2013 Rechnung	142,7		139,3	
2014 Ansatz	146,1	2,4	142,7	2,4
2015 Ansatz	152,3	4,2	148,9	4,3
2016 Ansatz	154,6	1,5	151,1	1,5
2017 Plan	155,4	0,5	151,9	0,5
2018 Plan	156,4	0,6	152,9	0,7

Die tendenziellen Steigerungen der Personalaufwendungen begründen sich maßgeblich aus den jeweiligen Besoldungs- und Tariferhöhungen und der Verwirklichung der Rechtsansprüche auf einen Kindertagesstättenplatz.

Die Rückstellungen für Pensionen orientieren sich am Ist-Ergebnis 2013 und beinhalten Besoldungserhöhungen und die Tatsache, dass die Pensionsrückstellungen aufgrund der demographischen Entwicklung jährlich um ca. 3 Mio. Euro erhöht werden müssen.

3.2.3.7 Abschreibungen

Abschreibungen (Kontengruppe 53) stellen den Ressourcenverbrauch des städtischen Vermögens dar.

Bei der Veranschlagung der Abschreibungen wurden

- die Abschreibungen der bisher in der Anlagenbuchhaltung erfassten Vermögensgegenstände und
- zusätzliche „Planabschreibungen“ berücksichtigt.

Im letzten Fall handelt es sich um hochgerechnete Beträge, die auf künftig beabsichtigten Investitionen basieren und mit einem fiktiven Durchschnittssatz linear

abgeschrieben werden. Dies ist aufgrund der bisher nicht bekannten Investitionssummen und Investitionsarten nicht anders möglich.

Bei den Abschreibungen wurden die Vorschriften des § 35 GemHVO berücksichtigt. Es wird grundsätzlich linear abgeschrieben, obwohl eine degressive Abschreibung auch zugelassen wäre.

Es werden die landeseinheitlich vorgeschriebenen Abschreibungstabellen angewandt. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis einschließlich 410 EURO (ohne Umsatzsteuer) werden direkt als Aufwand gebucht.

Folgende **Abschreibungen** (in TEUR) wurden berücksichtigt:

Jahr	Betrag
2013 Rechnung	46.085
2014 Ansatz	44.719
2015 Ansatz	43.673
2016 Ansatz	44.832
2017 Plan	45.674
2018 Plan	46.433

3.2.3.8 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52) umfassen Aufwendungen für

- Energie, Wasser, Abwasser, Abfall,
- Unterhaltung und Bewirtschaftung,
- Kostenerstattungen (ohne Sozialbereich),
- Sonstige (z.B. für Schülerbeförderung, Grünconsult u.a.).

Veranschlagt sind in den Jahren (in TEUR):

2013 Rechnung	83.540
2014 Ansatz	84.909
2015 Ansatz	95.063
2016 Ansatz	92.206
2017 Plan	91.596
2018 Plan	91.650

Die größeren Positionen entwickeln sich wie folgt:

Pos.	Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	83.539.511	84.909.320	95.063.312	92.206.018	91.596.163	91.650.416
	darin						
5210000	Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren	601.184	492.462	588.569	611.969	604.969	586.969
5220000	Energie	2.754.450	1.851.470	1.865.384	1.865.384	1.865.384	1.865.384
5221101	Gas	931.294	938.050	1.012.240	1.037.240	1.037.240	1.037.240
5221102	Fernwärme	1.172.034	1.236.350	1.308.300	1.336.300	1.336.300	1.336.300
5222100	Strom	3.450.580	3.450.456	3.494.652	3.550.352	3.550.852	3.550.852
5223100	Wasser/Abwasser	1.053.205	1.070.420	1.079.561	1.093.061	1.093.061	1.093.061
5224100	Abfallentsorgungsgebühr - Grundbesitzabg.	735.735	712.430	743.320	743.320	743.320	743.320
5225100	Energie-Contracting	4.346.299	4.323.000	4.410.000	4.540.000	4.540.000	4.540.000
5231210	Pflege Grün	933.930	928.688	1.073.000	1.100.100	1.100.100	1.100.100
5231312	BU-Programm (Bau)	2.338.240	695.710	2.172.500	230.000		
5231318	BU-Unvorhergesehenes (Bau)	1.629.988	483.627	519.337	519.337	519.337	519.337
5231398	Planung 413, Gebäudeunterhalt		1.461.000	2.000.000	2.000.000	2.200.000	2.200.000
5232200	Außenanlagen	7.397.362	8.571.840	10.660.257	10.819.340	10.819.340	10.819.340
5232310	Bewirtschaftungskosten ECE TE V Rathaus	903.035	970.000	999.100	1.018.500	1.018.500	1.018.500
5232316	Alllastmessungen	283.284	360.202	637.000	637.000	637.000	637.000
5232351	Fremdreinigung - Unterhaltsreinigung - Bereiche	4.038.653	4.757.500	4.502.600	4.502.600	4.502.600	4.502.600
5233100	Brücken, Tunnel und ingenieurtechnische Anlagen	2.786.998	3.418.690	3.418.690	3.418.690	3.418.690	3.418.690
5233108	Hochstraße Nord	1.517.569	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000
5233800	Straßen, Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen	2.514.929	7.131.364	6.831.364	6.866.364	6.831.364	6.831.364
5236198	Planung 413, Unterhaltung der Masch. u. techn. Anl		1.700.000	2.276.000	2.264.000	2.200.000	2.200.000
5238100	Ersatzbeschaffung von BGA aufgr.v Festwert 60-	793.465	1.008.262	1.082.730	1.012.730	1.022.730	1.022.730
5238110	Ersatzbeschaffung Grünpflege	353.314	1.430.175	1.468.047	1.468.047	1.443.047	1.443.047
5238300	Beschaffung von Gebrauchsgegenständen unter 60 €	248.897	287.848	554.296	433.235	455.743	455.746
5238700	Ersatzbeschaffung Festwerte > 410 €	445.605	560.655	582.174	580.674	580.674	580.674
5241000	Schülerbeförderungskosten	2.816.393	2.974.157	3.087.063	3.193.184	3.303.019	3.416.698
5242000	Essenskosten	1.471.591	1.559.635	1.766.327	1.804.627	1.804.627	1.804.627
5245100	Schulbücher für die Schulbuchausleihe	587.624	567.521	646.291	646.291	646.291	646.291
5249000	Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen	681.464	827.752	750.235	748.695	748.595	749.195
5249130	bez. Material für GM	590.527	569.500	595.000	627.100	659.600	691.400
5251000	an verbundene Unternehmen	-40.828	950.000	2.832.000	2.832.000	2.832.000	2.832.000
5253100	Kostenerstattungen an Eigenbetriebe	953.964	1.225.840	1.170.795	1.234.195	1.249.195	1.179.195
5254900	an den sonstigen öffentlichen Bereich	2.168.842	10.518	2.246.402	2.506.452	2.610.452	2.610.452
5291000	Sonst. Aufwendungen für Sachleistungen	970.122	720.624	664.124	533.224	534.224	545.724
5292000	Sonst. Aufwendungen für Dienstleistungen	5.579.436	5.891.686	5.917.148	5.522.149	5.304.649	5.292.869
5295000	sonst. Aufw. f Sach-/Dienstlsg. - Grünconsulting	623.058	700.151	886.710	899.025	899.025	899.025
5296110	sonstige Aufwendungen für Strassenreinigung	1.560.555	1.711.530	1.411.530	1.411.530	1.411.530	1.411.530
5296200	sonstige Aufwendungen für Strassenentwässerung	3.032.360	3.512.000	3.512.000	3.512.000	3.512.000	3.512.000
5296300	sonstige Aufwendungen für Winterdienst	1.106.000	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000

Erhebliche Aufwandssteigerungen ergeben sich insbesondere durch verstärkte Baumkontrollen und –pflege aufgrund der Verkehrssicherungspflicht der Stadt und Einsetzen der Aufwandszahlungen an die GAG aufgrund des Erbaurechtspakets im Kita-Bereich mit den freien Trägern.

3.2.3.9 Umlagen

Die größeren Umlagebeträge werden sich voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Pos.	Name	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
5431000	Gewerbsteuerumlage	30.768.181,53	32.000.000	32.568.000	32.568.000	32.568.000	32.568.000
5441100	Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	366.308,00	658.610	560.281	560.281	560.281	560.281
5441200	Finanzausgleichsumlage	13.179.396,00	9.326.763	9.019.026	9.019.026	9.019.026	9.019.026
5442200	Bezirksverband Pfalz	3.063.916,00	3.030.800	3.100.000	3.100.000	3.100.000	3.100.000
5443000	Allgemeine Umlagen an Zweckverbände	686.561,82	870.557	797.000	810.000	810.000	810.000

Die Beträge sind aufgrund der derzeit bekannten Umlagesätze berechnet.

Anmerkungen zur Gewerbesteuerumlage siehe Seite 10.

3.2.3.10 Aufwendungen (und Erträge) der sozialen Sicherung

Die Aufwendungen der sozialen Sicherung (Kontengruppe 55) umfassen

- Leistungen nach dem SGB II - **Grundsicherung** - (Kontenart 551),
 - Unterkunft und Heizung
 - Arbeitslosengeld II
 - Sozialgeld
 - Eingliederung
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB II (Kontenart 552),
- Leistungen nach dem SGB XII - **Sozialhilfe** - (Kontenart 553),
 - Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB XII (Kontenart 554),
- Leistungen nach dem SGB VIII - **Kinder- und Jugendhilfe** - (Kontenart 555),
 - Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB VIII - **Kinder- und Jugendhilfe** - (Kontenart 556),
- Sonstige Leistungen (Kontenart 557 bis 559)
 - nach dem Asylbewerbergesetz
 - Kriegsofopferfürsorge
 - nach dem Betreuungsgesetz.

Die größeren Positionen entwickeln sich wie folgt:

Rubrikennummer	Beschreibung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 17	Aufwendungen der sozialen Sicherung	167.564.968,92	173.663.470	184.466.487	186.887.451	187.510.551	188.003.651
	darin						
5522100	Kosten der Unterkunft und Heizung an die GfA	40.950.070,99	42.920.000	43.100.000	43.100.000	43.100.000	43.100.000
5523000	Kostenbeteiligungen u. -erstattungen n § 28 SGB II	932.765,05	910.000	950.000	950.000	950.000	950.000
5531000	SGB XII Leistungen außerh. üöTr mit eig. Kostenbet	327.380,14	235.900	5.851.000	5.951.000	5.951.000	5.951.000
5531010	SGB XII Leistungen f. Personen mit persönl. Budget	5.034.187,85	792.200				
5533000	SGB XII Leistungen außerh. öTr mit eig. Kostenbet.	13.720.662,45	18.643.400	18.756.866	19.346.866	19.836.866	20.326.866
5535000	SGB XII Leistungen innerh. üöTr mit eig. Kostenbet	45.506.966,79	47.226.100	44.022.800	44.780.800	44.780.800	44.780.800
5537000	SGB XII Leistungen innerh. öTr mit eig. Kostenbet.	750.434,63	637.000	875.500	889.000	889.000	889.000
5561500	K.beteilig. SGB VIII innerh vEinr an Freie Träger	10.191.314,30	9.760.000	10.657.840	10.885.400	11.015.400	11.015.400
5561600	K.beteilig. SGB VIII innerh vEinr an LuZiE	2.107.238,21	2.066.750	2.260.960	2.308.960	2.308.960	2.308.960
5562200	K.beteilig. außerh v Einr an Lk+ kreisfr. St	930.053,70	1.174.000	996.000	996.000	996.000	996.000
5562500	K.beteilig. außerh v Einr an Freie Träger	16.587.316,35	20.152.597	21.477.986	21.781.591	21.781.591	21.781.591
5562510	K.beteilig. außerh v Einr an Freie Träger-Projekte	12.098.615,35	8.651.423	12.209.864	12.396.347	12.396.347	12.396.347
5562600	K.beteilig. außerh v Einr an LuZiE	1.764.208,80	2.103.040	2.050.750	2.093.750	2.093.750	2.093.750
5562700	K.beteilig. außerh v Einr an Private	2.273.692,03	2.366.100	2.451.946	2.451.946	2.451.946	2.451.946
5564700	K.erstattung SGB VIII außerh v Einr an Private	1.137.241,87	1.085.000	1.134.000	1.184.000	1.184.000	1.184.000
5571100	Personen § 1 ASYLBLG	3.262.449,19	5.493.000	6.265.500	6.265.500	6.265.500	6.265.500
5573000	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	772.018,04	660.000	750.000	750.000	750.000	750.000
5576000	Leistungen n.d. Landesblinden- u. LandespflegegeldG	560.686,42	550.000	570.000	570.000	570.000	570.000
5576100	Landesblindengeld Altfälle	497.447,22	480.000	500.000	500.000	500.000	500.000
5599900	Zuweisungen und Zuschüsse an sonstige Bereiche	4.137.830,39	3.945.795	4.818.700	4.909.416	4.912.516	4.915.616

Die steigenden Aufwendungen der Sozialen Sicherung resultieren in erster Linie aus dem enormen Anstieg der nach dem SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz leistungsberechtigten Personen. Allein seit dem 1.1.2013 wird sich die Anzahl der Leistungsempfänger insgesamt von 2.451 bis zum Jahresende 2014 auf etwa 3.220 erhöhen, was einer Steigerung von etwas mehr als 30 % (!) entspricht. Für 2015 und 2016 ist eine Fortsetzung dieses Trends zu erwarten.

Eine weitere erhebliche Aufwandssteigerung ergibt sich aus der steigenden Kostenbeteiligung (Personal- und Sachkosten) der Stadt aufgrund des Kita-Ausbaus der Freien Träger.

Dem stehen die **Erträge der sozialen Sicherung** (Kontengruppe 42) gegenüber.

Hier sind insbesondere zu nennen:

- Ersatz sozialer Leistungen außerhalb und in Einrichtungen (Kontenart 421 und 422),
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB XII und anderer sozialer Leistungen (Kontenart 423),
- Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB VIII und anderer Jugendhilfe (Kontenart 424),
- Leistungsbeteiligungen nach dem SGB II (Kontenart 426).

Zudem werden vom Land Ausgleichsleistungen für die Grundsicherung erstattet.

Hier sind folgende größere Positionen veranschlagt:

Rubrikennummer	Beschreibung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
SK 4059100 (EH 01)	Ausgleichsleistungen Grundsicherung	-9.215.651	-13.964.550	-13.924.500	-14.415.500	-14.855.500	-15.295.500
SK 4144200 (EH 02)	Produkte 31104, 31105 und 31109	-81.410	-30.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
EH 02	Schlüsselzuweisung C1 und C 2	0	-13.386.918	-17.922.359	-17.970.027	-18.390.027	-18.530.027
EH 03	Erträge der sozialen Sicherung	-73.639.529	-75.367.105	-81.416.254	-82.277.837	-82.277.837	-82.587.578
darin							
4221100	KB, Aufw., KE innerh. üöTr mit eig. Kostenbet.	-569.110	-569.110	-429.541	-427.500	-427.500	-427.500
4223100	von Soz.leist.tr. innerh. üöTr mit eig. Kostenbet.	-2.285.800	-2.285.800	-1.927.225	-2.307.000	-2.307.000	-2.307.000
4223181	von Pflegevers. innerh. üöTr mit eig. Kostenbet.	-540.579	-540.579	-411.911	-554.000	-554.000	-554.000
4223300	von Soz.leist.tr. innerh. öTr mit eig. Kostenbet.	-650.372	-650.372	-550.883	-659.600	-659.600	-659.600
4224100	Rückz. gew. Hilfen innerh. üöTr mit eig. Kostenbet.	-635.636	-635.636	-809.716	-531.000	-531.000	-531.000
4231100	Kostenbet./-erst. SGBXII/and.soiz.Leist.-Land	-20.698.565	-20.698.565	-11.119.753	-22.820.700	-23.249.700	-23.249.700
4239100	Kostenbet./-erst. SGBXII/and.soiz.Leist.-vom Land	-1.464.228	-1.464.228	-665.825	-5.052.936	-5.052.936	-5.052.936
4242100	K.beteiligung örtl Tr vom Land	-22.263.865	-22.407.942	-21.442.290	-26.980.533	-27.453.116	-27.453.116
4242400	K.beteilig.-erstattung örtl Tr v JH-/SozialL.Tr	-880.810	-880.810	-514.469	-774.000	-774.000	-774.000
4249000	K.beteiligung, Sonstige	-591.638	-591.638	-548.005	-352.561	-302.561	-302.561
4261100	für Unterkunft und Heizung (Aufw.konto 551100)	-14.878.696	-14.878.696	-9.655.754	-15.652.000	-15.652.000	-15.652.000
4261410	Leistungsbeteiligung n. dem SGB II für § 28 SGB II	-1.564.635	-1.564.635	-927.319	-1.370.000	-1.380.000	-1.380.000
4261900	Sonstige	-1.339.813	-1.339.813	-776.871	-1.327.437	-1.327.437	-1.327.437
	Erträge der sozialen Sicherung gesamt:	-82.936.590	-102.748.573	-113.269.113	-114.669.364	-115.529.364	-116.419.105

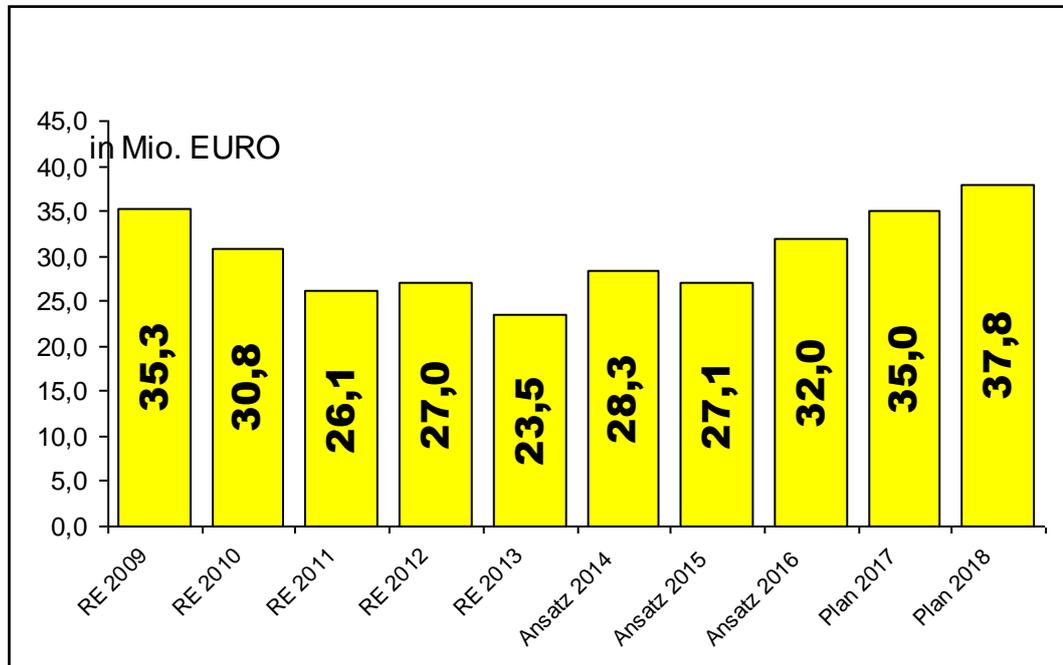
Insgesamt ergibt sich:

Rubrikennummer	Beschreibung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
SK 4059100 (EH 01)	Ausgleichsleistungen Grundsicherung	-9.215.651	-13.964.550	-13.924.500	-14.415.500	-14.855.500	-15.295.500
SK 4144200 (EH 02)	Produkte 31104, 31105 und 31109	-81.410	-30.000	-6.000	-6.000	-6.000	-6.000
EH 02	Schlüsselzuweisung C1 und C 2	0	-13.386.918	-17.922.359	-17.970.027	-18.390.027	-18.530.027
EH 03	Erträge der sozialen Sicherung	-73.639.529	-75.367.105	-81.416.254	-82.277.837	-82.277.837	-82.587.578
EH 17	Aufwendungen der sozialen Sicherung	167.564.969	173.663.470	184.466.487	186.887.451	187.510.551	188.003.651
	Defizit im Sozialbereich	84.628.379	70.914.897	71.197.374	72.218.087	71.981.187	71.584.546

Die Erträge der Sozialen Sicherung steigen im Doppelhaushaltszeitraum an bzw. bewegen sich seitwärts. Die Aufwendungen der Sozialen Sicherung kennen im Gegensatz hierzu nur eine Richtung und zwar steil nach oben. Die Schere zwischen beiden Größen wird immer breiter und das Defizit im Sozialbereich bleibt trotz leicht steigender Ausgleichsleistungen Grundsicherung und steigender Schlüsselzuweisungen C1 und C2 auf einem besorgniserregend hohen Niveau. Die erforderlichen und erheblichen Personal- bzw. Sach- und sonstigen Kosten zur Erfüllung der Leistungen der sozialen Sicherung sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

3.2.3.11 Zinsaufwendungen

Die Aufwendungen für Zinsen (Kontengruppe 57, **ohne** Zinsen für die Vollverzinsung der Gewerbesteuer, **ohne** Ausgleichszahlungen für Beteiligungen) steigen infolge der sich anhäufenden Verlustvträge. Somit ergibt sich für die Entwicklung der Zinszahlungen seit 2009 folgendes Schaubild:



Bis zum Jahr 2013 stellen die obigen Zinszahlen in der Tabelle Rechnungsergebnisse dar. Die derzeit niedrigen Zinsergebnisse sind darauf zurückzuführen, dass die Europäische Zentralbank in Euroland den Markt immer noch mit sehr niedrig verzinstem Kapital flutet.

Da dieses „Niedrigzinsszenario“ (politischer Zins) nicht auf Dauer Bestand haben wird, wurde für die Zinsplanung ab 2015 aus der Sicht des vorsichtigen Kaufmanns wieder mit realistischen Durchschnittskreditzinsen der letzten Jahre kalkuliert.

Die folgende Darstellung der EH-Position EH 22 enthält außer den eigentlichen Zinsaufwendungen auch sonstige Finanzaufwendungen (farbig unterlegt), u.a. die Verzinsung von Gewerbesteuer, die von der Stadt zurückzahlen ist (sog. „Vollverzinsung“). Im umgekehrten Fall kann die Stadt Zinsen verlangen. Der gleiche Betrag ist auch in den Erträgen veranschlagt (2 Mio. Euro).

Das obige Schaubild beruht auf folgender Datenbasis:

EH 22	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	RE 09	RE 10	RE 11	RE 12	RE 13	Ansatz 14	Ansatz 15	Ansatz 16	PLAN 17	PLAN 18
Konto	Kontoname										
5710000	an verbundene Unternehmen und Unternehmen	1.213.212	7.236.136	7.076.624	11.787.551	6.634.311	18.770.000	13.733.239	18.430.966	17.510.194	17.173.743
	davon Ausgleichszahlungen**	0	6.075.642	5.376.995	10.845.249	5.678.350	17.770.000	18.823.000	17.589.000	16.723.000	16.444.000
	davon Zinshilfen Beteiligungen (Alten- und Pflegeheime)	1.213.212	1.160.494	1.039.629	1.142.302	1.017.961	1.000.000	910.239	841.966	787.194	735.743
5720000	Aufwendungen aus der Verlustübernahme von assoziierten Unt.					37.170		41.000	41.000	41.000	41.000
5731000	an Eigenbetriebe	2.583			1.534	568					
5733000	an Sonstige		11.130	6.721	20.585	32.108	80.800				
5740000	an die EU		19								
5741200	ERP Sondervermögen										
5741300	sonstiges Sondervermögen des Bundes	994	976	958	940	921	1.500	800	800	800	800
5741500	Sonstiges				14						
5742000	an das Land	45.913	44.968	43.003	41.537	32.822	60.000	27.000	26.000	25.000	24.000
5747100	an öffentliche Zusatzversorgungseinrichtungen					15					
5751100	an Banken - für Investitionskredite	7.390.870	6.775.230	6.045.665	5.450.443	5.668.111	5.000.000	6.608.000	7.033.000	7.550.000	7.950.000
5751110	an Banken - Kredite für Liquiditätssicherung	11.631.958	12.582.160	6.370.058	5.823.389	2.465.798	11.150.010	3.850.010	5.000.010	5.550.010	6.100.410
5751200	an Sparkassen - für Investitionskredite	2.951.604	3.639.002	4.136.927	3.943.983	3.473.677	3.700.000	3.260.000	3.350.000	3.750.000	4.150.000
5751210	an Sparkassen - Kredite für Liquiditätssicherung	6.011.737	1.416.479	1.052.972	713.007	939.139	1.618.500	3.160.500	4.018.500	4.568.500	5.118.500
5751400	an Girozentralen/Landesbanken - für Investitionsk.	3.028.633	2.723.600	2.770.738	2.702.469	2.535.086	2.894.060	2.260.000	2.370.000	2.770.000	3.170.000
5751410	an Girozentralen/Landesb. - Liquiditätssicherung	847.271	493.027	2.169.662	3.878.305	4.188.638	675.000	4.400.000	6.750.000	7.300.000	7.850.000
5751900	an sonstige inländische Kreditinstitute	61.307	64.091	75.242	94.510	69.762	50.000	60.000	60.000	60.000	60.000
5769000	Sonstige	6.660	7.360	17.435			50.000				
5791000	aus d. Vollverzinsung aus Gewerbesteuer (§ 233a AO)	6.652.240	1.077.383	790.897	504.256	11.974.355	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
5792000	aus Verzinsung von sonstigen Steuernachforderungen		19.543								
5797100	Zinsaufwendungen aus Derivate (ab 2011)**	1.369.000	1.458.000	1.149.078	1.285.092	1.021.195	900.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000	1.100.000
5797200	Kassenzinsaufwendungen aus Derivate (ab 2011)			842.586	1.658.415	1.738.201	1.000.000	1.208.000	1.208.000	1.208.000	1.208.000
5799000	Sonstige (Verrentungen)	317.768	420.587	282.405	281.147	248.209	290.126	220.000	230.000	240.000	250.000

helle Felder = Zinsaufwand ohne sonst. Finanzaufwendungen, grüne Felder = sonst. Finanzaufwendungen

* Ausgleichszahlungen waren bis 2009 in EH 16 (Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen) veranschlagt.

** Zinsaufwendungen aus Derivate waren in 2009 und 2010 mit auf Konto 5799000 gebucht.

Gesamtsumme EH 22:	41.931.950	37.976.360	32.831.051	38.199.237	41.200.085	48.029.996	47.948.609	51.638.276	53.693.504	56.222.453
davon reine Zinsaufwendungen mit Verrentungen (ohne sonstige Finanzaufwendungen)***	35.279.710	30.803.192	26.063.159	27.049.732	23.549.381	28.259.996	27.125.609	32.049.276	34.970.504	37.778.453
*** (korrigierte, konsistente Definition in endgültigem Vorbericht geg. Entwurf und Nachtrag 14)										

reine Zinsaufwendungen für Investitions- und Kassenkredite in Mio:	35,3	30,8	26,1	27	23,5	28,3	27,1	32	35	37,8
den Zinsaufwendungen aus Derivaten stehen teilweise Zinserträge gegenüber (aus EH 21):	-1,2	-0,3	-0,4	-0,4	-0,1	-0,1	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4
reine Zinsaufwendungen ./. reiner Zinsertrag netto für Investitions- und Kassenkredite in Mio:	34,1	30,5	25,7	26,6	23,4	28,2	26,7	31,6	34,6	37,4

3.2.3.12 Interne Leistungsverrechnungen

Die Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppen 48 und 58) haben **keinen Einfluss auf das laufende Ergebnis** des Haushaltes. Interne Leistungsverrechnungen unterscheiden sich von den **Umlagen** im Rahmen der Kostenrechnung dadurch, dass sie **bereichsübergreifend** verrechnet werden.

Erträge erhalten hier vor allem Einrichtungen, die **kostenrechnenden Charakter** haben, wie z.B.

- das Gebäudemanagement (Miete und Nebenkosten),
- die Datenverarbeitung,
- Handwerksdienste,
- Telekommunikation.

Daneben werden für weitere **zentral bereitgestellte Dienstleistungen** Aufwendungen verrechnet, wie für

- Druck- und Kopierkosten,
- für die Wartung der Feuerlösch- und meldeanlagen,
- für Fachliteratur,
- für Versicherungen,
- für Rechtsstreitkosten,
- für Postgebühren.

Die internen Leistungsverrechnungen gleichen sich in Erträgen und Aufwendungen aus. Zur Zeit sind folgende Beträge geplant:

Rubrikennummer	Beschreibung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EHT 29	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	-52.200.009	-50.692.984	-53.432.887	-54.108.360	-53.881.204	-53.561.424
EHT 30	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	52.200.009	50.692.984	53.432.887	54.108.360	53.881.204	53.561.424
Saldo		0	0	0	0	0	0

3.3 Finanzhaushalt

3.3.1 Begriffe

Der Finanzhaushalt umfasst die **Liquiditätsgrößen**

- Einzahlungen und
- Auszahlungen.

Die **Aufgaben** des Finanzhaushaltes umfassen

- eine zeitraumbezogene Abbildung sämtlicher Zahlungsströme,
- die Darstellung der Mittelherkunft (Finanzierungsquellen) und Mittelverwendung
 - der **Investitionen** (Baumaßnahmen etc., Landeszuweisungen u.ä.)
 - der Finanzierung (Kreditaufnahme und Tilgung)
- die Darstellung der Veränderung des Zahlungsmittelbestandes und damit letztlich auch die Liquiditätssteuerung und
- die Bedienung der Finanzstatistik.

3.3.2 Allgemeine Daten des Finanzhaushaltes

Die Salden des Finanzhaushaltes für die Jahre 2013 bis 2018 lauten wie folgt (in Mio. EURO):

Jahr	Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
2013	- 20,9	- 35,4
2014	- 25,9	- 26,5
2015	- 43,4	- 35,0
2016	- 35,8	- 38,2
2017	- 34,7	- 36,3
2018	- 33,7	- 23,7

Die oben dargestellten Salden des Finanzhaushaltes können wie folgt definiert werden:

- Die **ordentlichen Ein- und Auszahlungen** umfassen die Zahlungsströme der Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushaltes (ohne Abschreibungen und Sonderposten).
- Die **außerordentlichen Ein- und Auszahlungen** können aufgrund ihrer Größenordnung (> 100 TEUR) vernachlässigt werden.
- Zu den **Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** gehören
 - die Investitionen und
 - ihre Finanzierung, ausgenommen die Finanzierung durch Kreditaufnahme.
- Zu den **Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** gehören
 - die Aufnahme
 - von Investitionskrediten und
 - von Krediten zur Liquiditätssicherung
 - sowie deren Tilgung.

3.3.3 Investitionen und ihre Finanzierung

3.3.3.1 Allgemeines

Die Investitionen können auch im doppelten Haushalt nur mit Mühe über Darlehensaufnahmen finanziert werden, da einer Vielzahl von notwendigen Auszahlungen nur eine bestimmte Zahl an Deckungsmitteln gegenübersteht. Damit ist der **Finanzrahmen** zur Finanzierung von Investitionen eng begrenzt. Er ist vorgegeben durch folgende Einzahlungen:

- aus **Investitionszuwendungen** von Bund und Land,
 - aus **Beiträgen** und ähnliche Zuwendungen,
 - aus **Veräußerungen**,
 - aus **Rücklagen** (Erschließungsbeitrags- und Ausbaubeitragsrücklage, falls diese Rücklagen, wie von Prüfungsseite gewünscht, zu den Sonderposten umgebucht würden, müssten in entsprechender Höhe zusätzliche Kredite aufgenommen werden),
 - aus der Aufnahme von **Krediten**.
- } = bilanzmäßig „Sonderposten“

Die **Gesamtsummen der Investitionen** und ihre Finanzierung stellt sich für die Jahre 2013 bis 2018 wie folgt dar:

Gesamtfinanzhaushalt							
Stadt Ludwigshafen							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
FH 27	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	17.212.683	16.063.710	16.483.000	28.569.200	13.627.000	26.307.220
FH 28	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	3.479.511	8.907.500	7.930.040	6.025.840	6.785.040	9.612.560
FH 29	Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
FH 30	Einzahlungen für Sachanlagen	8.499.637	4.214.427	2.940.000	2.820.000	2.100.000	2.100.000
FH 31	Einzahlungen für Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
FH 32	Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	769.332	470.000	50.000	50.000	50.000	50.000
FH 33	Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	1.015.939	0	0	0	0	0
FH 34	Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
FH 35	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe FH 27 bis FH 34)	30.977.101	29.655.637	27.403.040	37.465.040	22.562.040	38.069.780
FH 36	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	-7.828.718	-4.821.180	-7.160.700	-7.462.500	-9.882.000	-9.742.000
FH 37	Auszahlungen für Sachanlagen	-23.049.537	-50.658.160	-55.253.000	-68.176.600	-48.942.600	-52.056.900
FH 38	Auszahlungen für Finanzanlagen	-35.002.000	0	0	0	0	0
FH 39	Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	-535.720	-660.000	0	0	0	0
FH 40	Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten	0	0	0	0	0	0
FH 41	Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
FH 42	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe FH 36 bis FH 41)	-66.415.974	-56.139.340	-62.413.700	-75.639.100	-58.824.600	-61.798.900
FH 43	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Inv.- tätigkeit (Saldo Summen FH 35 u. FH 42)	-35.438.873	-26.483.703	-35.010.660	-38.174.060	-36.262.560	-23.729.120

Der Saldo der Spalte FH 43 stellt den **Kreditbedarf für Investitionen** dar. Nach Abzug der Tilgungszahlungen ergibt sich die (investive) Netto-Neuverschuldung (vgl. 3.3.4.3).

Investitionen sind ergebnisneutral, da durch Investitionen Vermögen nicht vermehrt, sondern nur verändert wird. So erhöht sich z.B. durch eine Baumaßnahme das Anlagevermögen, andererseits verringert sich das Barvermögen oder erhöhen sich die Schulden. Der **Ergebnisplan** enthält daher keine Daten über die im Planungsjahr zu

leistenden Investitionszahlungen, sondern lediglich die ergebniswirksamen **Abschreibungen**.

Somit soll der **Finanzplan** insbesondere auch

- die Einzahlungen und Auszahlungen im Rahmen von **Investitionen** ausweisen und hierfür die **Ermächtigung durch den Gemeinderat** geben sowie
- Einzahlungen und Auszahlungen im Rahmen von Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahme und Tilgung) darstellen.

3.3.3.2 Darstellung der Investitionen

Nach § 4 Abs. 12 der GemHVO sind nur Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen,

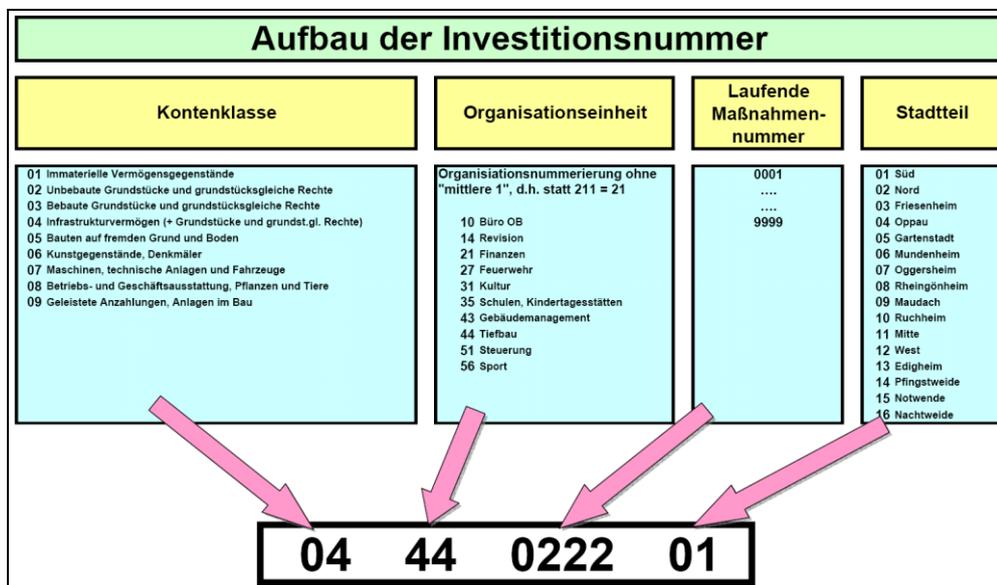
- die sich über mehrere Jahre erstrecken oder
- die vom Gemeinderat festgelegte **Wertgrenze überschreiten**, einzeln im Teilfinanzhaushalt darzustellen.

Der Stadtrat hat am 16.06.2008 eine **Wertgrenze von 50.000 EURO** bestimmt.

Aufgrund der bei der Bearbeitung des Haushaltsplanes gemachten Erkenntnisse wird der Beschluss des Stadtrates wie folgt angewandt:

- Maßnahmen werden dann einzeln ausgewiesen, wenn
 - der Ansatz in den Planungsjahren 2015 oder 2016 größer als 50.000 EURO ist oder
 - einer der Planansätze der Folgejahre 2017 bis 2018 mehr als 50.000 EURO beträgt;
- Maßnahmen aus dem **Straßenausbauprogramm** werden wegen der örtlichen Bedeutung immer einzeln dargestellt.

Die Investitionen werden im doppelischen Haushalt mit einer sogenannten Investitionsnummer dargestellt. Diese Investitionsnummer setzt sich wie folgt zusammen:



Man kann also erkennen, um welche Art des Vermögens es sich handelt, welcher Organisationseinheit das Vorhaben zugeordnet ist und welchen Stadtteil es betrifft.

3.3.3.3 Einzelne Investitionen

Die größten Investitionsmaßnahmen im Haushalt 2015/2016

Investitionsnummer	Bereich	Maßnahme	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Gesamtinvestition
0227007306	217	Integrierte Leitstelle, Feuerwehr	-2.000.000	-8.500.000	11,4 Mio. €
0444129403	414	Ausbau Brunckstr.zw.Friesenheimer u.Ruthenstr.2.BA	-4.000.000	-3.000.000	7,5 Mio. €
0444021702	414	Ausbau der Hochstraße Nord	-2.250.000	-2.750.000	mind. 278 Mio. €
0343147807	413	IGS Ernst-Bloch, GVS	-1.400.000	-2.400.000	8,8 Mio. €
0543056004	413	Sanierung Willersinnfreibad	-2.773.000	-800.000	7,0 Mio. €
0543013201	413	Brandschutz und Sanierung Rathaus	-2.000.000	-1.500.000	3,5 Mio. €
0144056103	414	Ausbau der Stadtbahnstrecke nach Friesenheim	-320.000	-3.000.000	16,0 Mio. €
0343157306	413	BBS Kerschensteiner Zentrum, GVS	-700.000	-2.500.000	5,7 Mio. €
0543140903	413	Baumaßnahme für 2Jährige, KTS Ebertpark	-570.000	-2.000.000	3,4 Mio. €
0444014407	414	Ausbau Stadtteilverbindungsstraße Notwende/Melm	-600.000	-1.650.000	2,4 Mio. €
0343059111	413	EU Umbau Stadtbibliothek (4-13)	0	-2.200.000	7,7 Mio. €
0343172001	413	KTS Gneisenaustraße	-400.000	-1.600.000	3,6 Mio. €
		Summe:	-17.013.000	-31.900.000	

3.3.4 Kreditaufnahme und Tilgung

3.3.4.1 Allgemeines

Bei der Aufnahme von Krediten muss man unterscheiden zwischen

- **investiver Verschuldung**,
 - ist eine Kreditaufnahme für Investitionen, die **regelmäßig getilgt** wird und
 - deren **Laufzeit** so lang wie die Lebensdauer der damit finanzierten Investition sein sollte und
- **konsumtiver Verschuldung**,
das sind die laufenden Fehlbeträge, die sich aus der Differenz der ordentlichen Erträge und Aufwendungen ergeben.

3.3.4.2 „Doppische“ Fehlbeträge

Die „doppischen“ Fehlbeträge zehren das Eigenkapital auf der Passivseite auf. Wenn das Eigenkapital aufgebraucht ist bzw. negativ wird, erscheint auf der Aktivseite ein Posten „**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**“.

Der „doppische“ Fehlbetrag teilt sich in **zwei Komponenten**:

- Die Komponente „**Abschreibungen**“ verringert auf der Aktivseite das Vermögen und auf der Passivseite das Eigenkapital (sog. „Aktiv-Passiv-Minderung“).
- Die Komponente „**Zahlungsmittelverbrauch**“ verringert auf der Passivseite ebenfalls das Eigenkapital, erhöht aber gleichzeitig das Fremdkapital / die Kreditaufnahme („Passivtausch“).

3.3.4.3 Entwicklung der investiven und konsumtiven Verschuldung

Investitionskredite werden regelmäßig mit einer laufenden **Tilgung** vereinbart. Aufgrund der finanziellen Lage werden diese Tilgungsleistungen **aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten finanziert**.

Laut Finanzplan betragen die Ein- bzw. Auszahlungen aus der Aufnahme bzw. Tilgung von Investitionskrediten:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
FH 45	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	35.000.000	30.483.703	37.950.660	40.994.060	38.362.560	25.829.120
FH 46	Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	-20.333.374	-20.995.130	-21.535.130	-19.331.000	-20.221.000	-22.861.000
FH 47	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Inv. krediten (Saldo Summen FH 45 u. FH 46)	14.666.626	9.488.573	16.415.530	21.663.060	18.141.560	2.968.120

Kredite zur Liquiditätssicherung werden bei der Haushaltslage der Stadt Ludwigshafen nicht im üblichen Sinn getilgt, sondern lediglich durch Tilgung und gleichzeitige Neuaufnahme umgeschuldet. Die Planung erfolgt demgemäß netto nur auf Pos. FH 48:

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
FH 48	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	734.270.000	42.893.366	61.945.795	52.281.623	52.826.778	54.427.492
FH 49	Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-691.650.000	0	0	0	0	0
FH 50	Saldo d. Ein-/Ausz. aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Saldo FH 48 u. 49)	42.620.000	42.893.366	61.945.795	52.281.623	52.826.778	54.427.492

3.3.4.4 Summen der investiven und der konsumtiven Verschuldung

Bei der angenommenen Entwicklung der Schuldenaufnahme wird der Gesamtschuldenstand kumuliert folgenden Verlauf nehmen (in Mio. EURO):

	Liquiditätskredite	Investitionskredite	Summe des Schuldenstandes
Schuldenstand Ende 2008	476,1	348,4	824,5
Stand Ende 2009	615,1	356,4	971,5
Stand Ende 2010	639,6	388,7	1.028,4
Stand Ende 2011	671,3	382,0	1.053,4
Stand Ende 2012	676,4	373,5	1.050,0
Stand Ende 2013	719,1	388,2	1.107,2
Stand Ende 2014 (Ansatz)	762,0	397,7	1.159,6
Stand Ende 2015 (Ansatz)	823,9	414,1	1.238,0
Stand Ende 2016 (Ansatz)	876,2	435,8	1.312,0
Stand Ende 2017 (Plan)	929,0	453,9	1.363,9
Stand Ende 2018 (Plan)	983,4	456,9	1.440,3

Mit anderen Worten: Bei der angenommenen Entwicklung wird die Summe aus investiver und konsumtiver Verschuldung Ende 2018 voraussichtlich bei 1.440,3 Mio. EURO betragen. Diese Entwicklung ist durch den Entschuldungsfonds positiv beeinflusst.

3.3.4.5 Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland Pfalz (KEF-RP)

Der Stadtrat hat am 10.09.2012 mit überwältigender Mehrheit beschlossen, die Stadtverwaltung zu ermächtigen, den Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland Pfalz (KEF-RP) mit dem Land Rheinland Pfalz zu unterzeichnen.

Am 08.11.2012 wurde der Konsolidierungsvertrag zur Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Stadt Ludwigshafen am Rhein unterschrieben. Dieser Konsolidierungsvertrag trat rückwirkend zum 01. Januar 2012 in Kraft und endet spätestens am 31.12.2026 bzw. mit Ablauf des Haushaltsjahres, in dem der Umfang der Liquiditätskredite der Stadt Ludwigshafen unter Berücksichtigung der auf den eigenen Haushalt entfallenden Zahlungsmittelbestände erstmals auf ein Drittel des Standes zum 31. Dezember 2009 vermindert wurde, soweit nicht ausnahmsweise ein unmittelbarer Wiederanstieg der Liquiditätskredite absehbar ist. Die Entschuldungshilfe wird nach Regeln des KEF-RP in Form einer Anteilsfinanzierung als Höchstbetrag in Höhe von zwei Dritteln der auf die Stadt Ludwigshafen entfallenden Jahresleistung des Entschuldungsfonds gewährt. In 2014 gingen rund 20,7 Mio. € als Zuweisung des Landes Rheinland-Pfalz bei der Stadt ein. Der Ein-Drittel-Anteil der Stadt Ludwigshafen in Höhe von rund 10,3 Mio. € wird im Haushalt 2014 erbracht.

Im vorliegenden Haushalt 2015/2016 sind in der EH Position 02 (Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge) die zu erwartenden Zuwendungen des Landes veranschlagt. Diese beruhen auf den aktualisierten Berechnungen des Landes hinsichtlich der Höhe des Anteils der Stadt Ludwigshafen am Gesamtvolumen des KEF und der Höhe der anrechenbaren Liquiditätskreditschulden. Die unseren Eigenanteil in Höhe von 10,3 Mio. EURO betreffenden Maßnahmen (z.B. Erhöhung der Gewerbesteuer von 360 auf 375 v.H.) sind auch in den Haushalt eingearbeitet.

3.4 Bilanz

Die Bilanz ist der dritte Pfeiler des sog. „Drei-Säulen-Systems“. Sie stellt als sog. **Vermögensrechnung** die positiven und negativen Veränderungen des Vermögens dar.

Die **Haushaltsabwicklung** hat folgende **Auswirkungen auf die Bilanz**:

- Die kassenwirksamen Fehlbeträge müssen über Kredite zur Liquiditätssicherung finanziert werden, die in der Bilanz als Passiva erscheinen, d.h. sie verschlechtern die Bilanz.
- Die nicht zahlungswirksamen Abschreibungen verringern das Anlagevermögen auf der Aktivseite, dies ist auch eine Bilanzverschlechterung.
- Die Auflösung der Sonderposten verringert die Sonderposten auf der Passivseite, damit verbessert sich die Bilanz.
- Neue Investitionen werden der Aktivseite der Bilanz hinzugerechnet (Bilanzverbesserung).
- Die zur Finanzierung der Investitionen aufgenommen Kredite erscheinen zusätzlich auf der Passivseite und verschlechtern die Bilanz.

Die Schlussbilanz zum 31.12.2013 ist als **Anlage 4** beigefügt.

3.5 Chancen und Risiken des Doppelhaushaltes 2015/2016

Chancen:

- Musterklageverfahren bezüglich des Kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland Pfalz (eventuell bessere Landesunterstützung)
- Weitergehende Unterstützung des Bundes bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und besserer Konnexitätsausgleich bei den sozialen Aufwendungen

Risiken:

- niedrigere Steuereinnahmen aufgrund schwächer werdender Konjunktur
- weitere Verschärfung der Staatsschuldenkrise
- erwarteter Zinsanstieg
- Übertragung neuer Aufgaben durch Bund oder Land ohne entsprechende finanzielle Ausstattung (wie z.B. aktuell bei der Asylbewerberaufnahme)
- Rechtsansprüche Kindertagesstättenplätze
- Finanzierung der Hochstraße Nord
- Finanzierung von außergewöhnlichen Investitionen im ÖPNV durch die Stadt Ludwigshafen
- Schwierigere Kommunalkreditfinanzierung durch Basel III
- Musterklageverfahren bezüglich des Kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland Pfalz als Risiko, da die Interessen der einzelnen Kommunen unterschiedlich sind.

4 Kosten- und Leistungsrechnung

4.1 Allgemeines

Gemäß § 12 GemHVO soll nach den **örtlichen Bedürfnissen**

- als Grundlage für die Verwaltungssteuerung sowie
- für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und
- Leistungsfähigkeit der Verwaltung

für alle Aufgabenbereiche eine Kosten- und Leistungsrechnung eingeführt werden.

Die **Aufgaben** und Ziele der Kosten- und Leistungsrechnung können insbesondere sein:

- die genaue Erfassung der Kosten und Leistungen nach Arten und ihre Zuordnung zu den Kostenstellen/-trägern,
- die Speicherung von Daten in Zeitreihen und die Ermittlung von Kennzahlen für interne und/oder externe Vergleiche,
- die verursachungsgerechte Verteilung der Kosten auf die Kostenträger als Basis für die Kalkulation und die Ermittlung von Entgelten,
- die Ermittlung von Kostenansätzen für Wirtschaftlichkeitsberechnungen als Entscheidungsgrundlage oder Instrumente der Erfolgskontrolle,
- die Steuerung und Kontrolle der betrieblichen Abläufe.

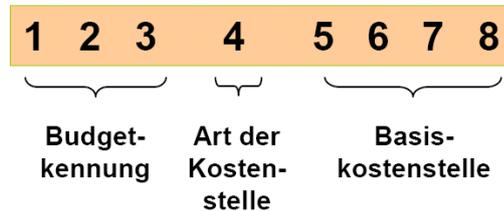
Die Grundsätze über Art und Umfang der Kosten- und Leistungsrechnung werden von der Oberbürgermeisterin in einer **Dienstanweisung** geregelt und dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt.

4.2 Verfahren

Die Kosten- und Leistungsrechnung ist **in den Haushalt integriert**, d.h. bereichsinterne Umlagen für allgemeine Kosten oder Nebenkosten sind in den Haushaltsansätzen bereits vorgesehen.

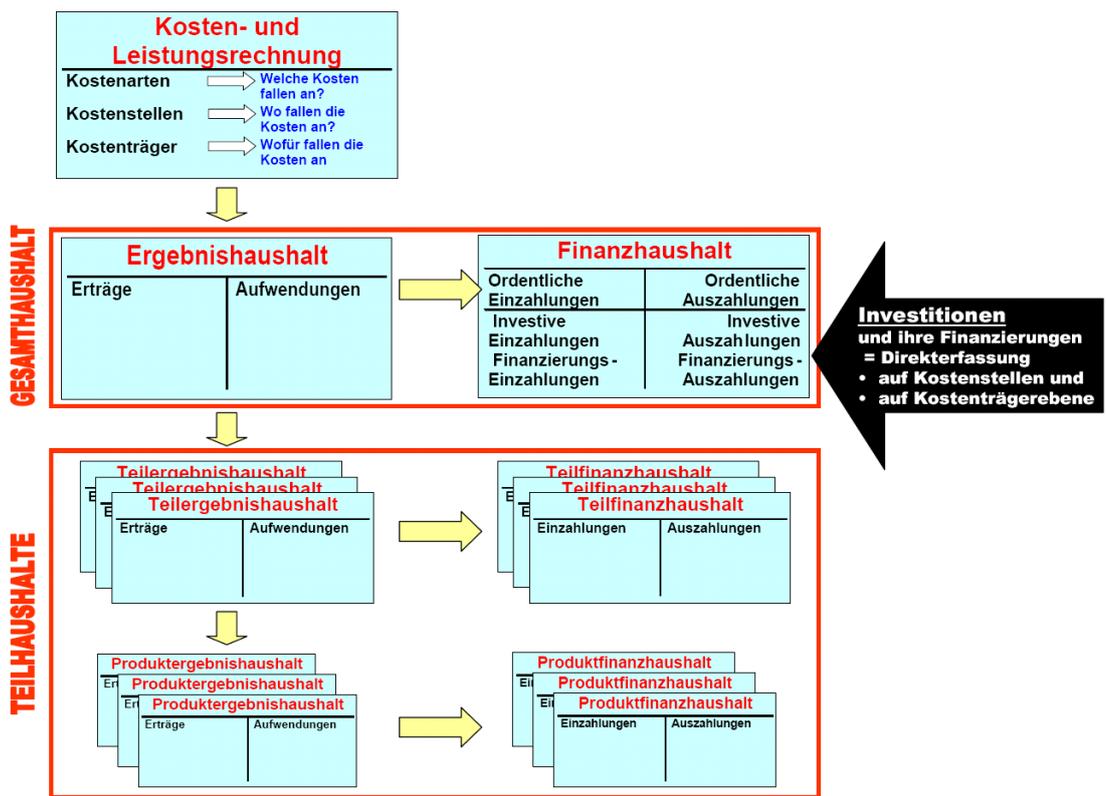
Die einzelnen Kostenstellen sind durch eine 8-stellige Nummer systematisiert. Dabei umfassen die ersten drei Stellen die Budget- bzw. Bereichsnummer, die vierte Stelle gibt die Art der Kostenstelle an und die letzten vier Stellen nummerieren die Kostenstellen durch.

Beispiel einer Kostenstelle:



Gliederung der „Basis“-Kostenstellen (4. Stelle)	Beispiel
1 0000 – 1 9999 Hauptkostenstellen	216 1 0001 Standesamt
2 0000 – 2 9999 Nebenkostenstellen	216 Organisation
3 0000 – 3 9999 Hilfskostenstellen	1 Art: Hauptkostenstelle
4 0000 – 4 9999 Allgemeine Kostenstellen	0001 Standesamt

Die Kostenrechnung entwickelt sich daher aus dem Haushalt und ist wie folgt aufgebaut:



5 Teilhaushalte

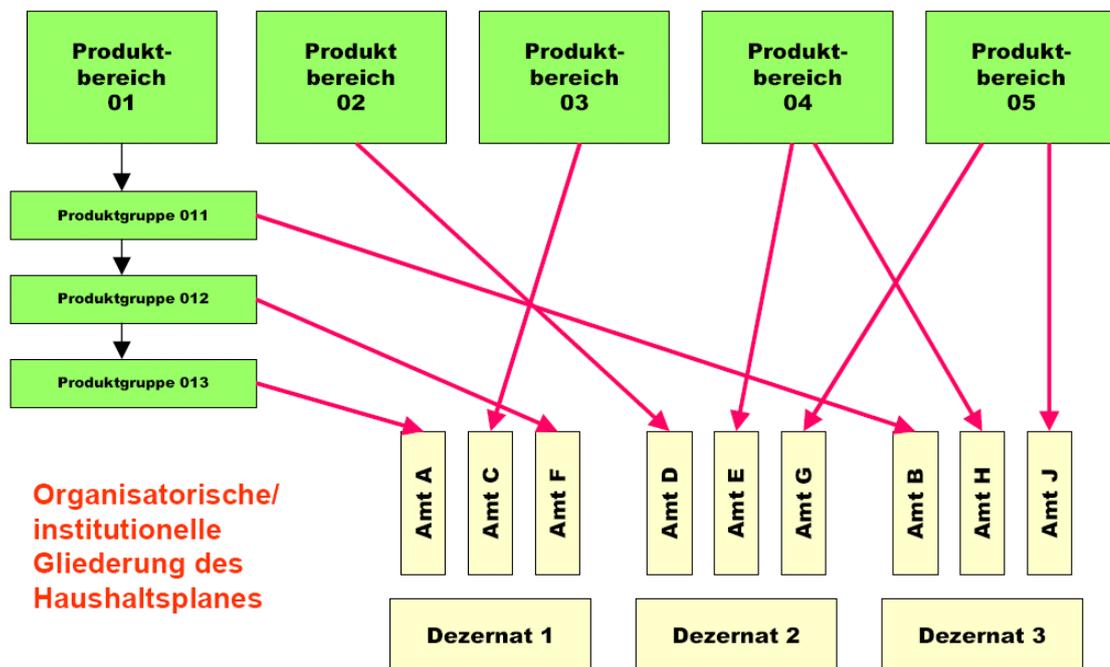
5.1 Institutionelle Gliederung des Haushaltes

Nach § 4 Abs. 1 GemHVO ist der Haushalt der Gemeinde angemessen in Teilhaushalte zu gliedern.

Die Teilhaushalte können

- auf der Basis der Produkte **funktionell** oder
- auf der Grundlage der Organisation **institutionell** gegliedert werden.

In der Stadtratsvorlage „Einführung des neuen Haushalts- und Rechnungswesens der Kommunalen Doppik“ zur Sitzung vom 10.10.2005 wurde empfohlen, wie bisher den **Haushalt auf der Grundlage der Organisation** zu gliedern.



Diesen Vorschlag hat der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Haushalt besteht somit aus **44** Teilhaushalten, davon 3 sog. „fiktive“, in denen „**Zentrale Finanzdienstleistungen**“ (z.B. Steuern) veranschlagt sind.

Jeder Teilhaushalt bildet eine **Bewirtschaftungseinheit** bzw. ein Budget (§ 4 Abs. 8 GemHVO). Den Teilhaushalten werden Produkte zugeordnet.

Somit ist der Haushalt nicht nach der Nummernfolge des Produktrahmenplanes sortiert. Er muss sich natürlich inhaltlich an den Rahmenplan halten, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

5.2 Einzelne Teilhaushalte

Die **Bezeichnung der Teilhaushalte** ist grundsätzlich identisch mit der Nummerierung der Bereiche.

Es gibt fünf Ausnahmen:

- Büro OB und die Dezernatsbüros haben statt z.B. der Organisationsnummer 1-01 die Teilhaushaltsnummer 110,
- der Personalrat besitzt die Teilhaushaltsnummer 118,
- für die Sonderaufgabe „Wahlen“ wurde ab 2011 der Teilhaushalt 119 (vorher 218) eingerichtet
- für die Sonderaufgabe „Ernährungsnotfallvorsorge“ wurde ab 2012 der Teilhaushalt 120 eingerichtet und
- der Bereich 3-15 „Schulen und Kindertagesstätten“ teilt sich aus sachlichen Gründen in zwei Teilhaushalte, und zwar
 - 313 Schulen und
 - 315 Kindertagesstätten.

Zusätzlich gibt es weitere drei Teilhaushalte in den **fiktiven Budgets** mit den Nummern 911 bis 913.

Diese enthalten

- Steuererträge und Steuerumlagen, Finanzausgleichsangelegenheiten,
- zentral zu veranschlagende Personalaufwendungen,
- Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit Beteiligungsgesellschaften, wie z.B. Konzessionsabgaben oder Verlustausgleiche.

5.3 Übersicht über die Teilhaushalte

Anlage 5 gibt einen Überblick über die eingerichteten Teilhaushalte. Man erkennt, dass sie (bis auf die genannten Ausnahmen) mit der Organisationseinteilung identisch sind.

6 Anlagen

Diesem Vorbericht sind folgende Anlagen beigefügt:

- 1 Haushaltssatzung
- 2 Gesamtergebnishaushalt
- 3 Gesamtfinanzhaushalt
- 4 Schlussbilanz 2013
- 5 Übersicht über die Teilhaushalte
- 6 Entwicklung der Zahlungen im Finanzausgleich

gez.

Dieter Feid

(Beigeordneter und Kämmerer)

**Haushaltssatzung
der Stadt Ludwigshafen am Rhein
für die Jahre 2015/2016
vom 15.12.2014**

Der Stadtrat hat aufgrund § 95 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz vom 31. Januar 1994 (GVBl. S.153), in der jeweils geltenden Fassung, am 15.12.2014 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

**§ 1
Ergebnis- und Finanzhaushalt**

Festgesetzt werden für das Haushaltsjahr

	2015		2016	
1. im Ergebnishaushalt				
der Gesamtbetrag der Erträge auf	523.969.702	Euro	530.821.995	Euro
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	597.714.317	Euro	604.003.102	Euro
der Jahresfehlbetrag auf	73.744.615	Euro	73.181.107	Euro
2. im Finanzhaushalt				
die ordentlichen Einzahlungen auf	509.343.032	Euro	514.916.350	Euro
die ordentlichen Auszahlungen auf	552.693.697	Euro	550.686.973	Euro
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	-43.350.665	Euro	-35.770.623	Euro
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0	Euro	0	Euro
die außerordentlichen Auszahlungen auf	0	Euro	0	Euro
der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0	Euro	0	Euro
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	27.403.040	Euro	37.465.040	Euro
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	62.413.700	Euro	75.639.100	Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-35.010.660	Euro	-38.174.060	Euro
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	99.896.455	Euro	93.275.683	Euro
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	21.535.130	Euro	19.331.000	Euro
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	78.361.325	Euro	73.944.683	Euro
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	636.642.527	Euro	645.657.073	Euro
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	636.642.527	Euro	645.657.073	Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr auf	0	Euro	0	Euro

**§ 2
Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird festgesetzt für

zinslose Kredite auf	0	Euro	0	Euro
verzinsten Kredite auf	37.950.660	Euro	40.994.060	Euro
zusammen auf	37.950.660	Euro	40.994.060	Euro

**§ 3
Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird festgesetzt auf

33.887.000 Euro 16.361.000 Euro

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf

19.598.000 Euro 11.094.000 Euro

**§ 4
Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung**

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung wird festgesetzt auf **900.000.000 Euro** **900.000.000 Euro**

**§ 5
Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für den Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen (WBL)**

Die Kredite und Verpflichtungsermächtigungen für den WBL werden festgesetzt auf

1. Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des WBL auf	20.020.900 Euro	15.211.850 Euro
2. Kredite zur Liquiditätssicherung des WBL auf	11.000.000 Euro	11.000.000 Euro
3. Verpflichtungsermächtigungen der WBL auf	5.800.000 Euro	4.800.000 Euro
darunter: Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen	5.800.000 Euro	4.800.000 Euro

**§ 6
Steuersätze**

Die Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer sind in der Hebesatzsatzung wie folgt festgesetzt:

- Grundsteuer A auf	320 v.H.	320 v.H.
- Grundsteuer B auf	420 v.H.	420 v.H.
- Gewerbesteuer auf	405 v.H.	405 v.H.

**§ 7
Eigenkapital**

Der endgültige Stand des Eigenkapitals zum 31.12.2013 beträgt 625.961.357,88 Euro und zum 31.12.2014 ist der voraussichtliche Stand 565.578.114,88 Euro, zum 31.12.2015 491.833.499,88 Euro und zum 31.12.2016 418.652.392,88 Euro.

**§ 8
Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen**

Erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen oder Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 GemO liegen vor, wenn im Einzelfall **375.000 Euro** überschritten sind.

**§ 9
Wertgrenze für Investitionen**

Investitionen oberhalb der Wertgrenze von **50.000 Euro** sind im jeweiligen Teilhaushalt einzeln darzustellen.

**§ 10
Altersteilzeit**

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte wird nicht zugelassen.

Die Bewilligung von Altersteilzeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird für 2015/2016 in 18 Fällen zugelassen.

Stadtverwaltung, Ludwigshafen am Rhein, den

(Unterschrift)

Gesamtergebnishaushalt							
Stadt Ludwigshafen							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 01	Steuern und ähnliche Abgaben	-290.030.413	-306.000.600	-307.220.500	-312.391.500	-316.261.500	-320.851.500
EH 02	Zuwendungen, allg.Umlagen u.sonst. Transfererträge	-48.455.887	-59.928.532	-65.313.768	-64.743.249	-65.074.914	-65.245.816
EH 03	Erträge der sozialen Sicherung	-73.639.529	-75.367.105	-81.416.254	-82.277.837	-82.277.837	-82.587.578
EH 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-14.491.308	-13.838.328	-13.723.522	-14.496.379	-15.155.055	-15.563.389
EH 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-10.065.565	-9.891.143	-10.254.044	-10.300.866	-10.294.606	-10.308.272
EH 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-15.525.816	-15.813.858	-15.633.174	-15.820.174	-15.888.174	-15.759.174
EH 07	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
EH 08	Andere aktivierte Eigenleistungen	-628.922	-1.824.000	-832.318	-832.318	-832.318	-832.318
EH 09	Sonstige laufende Erträge	-52.461.782	-19.379.399	-18.410.991	-18.234.491	-17.762.991	-17.755.991
EH 10	Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe EH 01 bis EH 09)	-505.299.222	-502.042.965	-512.804.572	-519.096.815	-523.547.397	-528.904.040
EH 11	Personalaufwendungen	123.176.460	128.198.988	132.787.533	134.892.517	135.475.125	136.304.483
EH 12	Versorgungsaufwendungen	19.569.239	17.878.812	19.498.589	19.697.005	19.901.543	20.100.247
EH 13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	83.539.511	84.909.320	95.063.312	92.206.018	91.596.163	91.650.416
EH 14	AfA auf immat. Vermögensgegenstände des AV u. auf Sachanl. sowie a. aktivierte Aufwendungen	46.084.562	44.719.286	43.672.537	44.832.088	45.673.576	46.433.030
EH 15	AfA auf Vermögensgegenstände des UV, soweit diese die üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
EH 16	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	50.633.898	49.890.791	49.118.607	49.173.907	49.053.907	49.110.907
EH 17	Aufwendungen der sozialen Sicherung	167.564.969	173.663.470	184.466.487	186.887.451	187.510.551	188.003.651
EH 18	Sonstige laufende Aufwendungen	24.206.259	24.325.763	25.158.643	24.675.841	24.898.979	24.797.964
EH 19	Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe EH 11 bis EH 18)	514.774.897	523.586.432	549.765.708	552.364.826	554.109.844	556.400.698
EH 20	Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Summen aus EH 10 und EH 19)	9.475.675	21.543.466	36.961.136	33.268.011	30.562.447	27.496.658
EH 21	Zins- und sonstige Finanzerträge	-12.009.448	-9.190.319	-11.165.130	-11.725.180	-10.438.480	-10.438.480
EH 22	Zins- und sonstige Finanzaufwendungen	41.200.085	48.029.996	47.948.609	51.638.276	53.693.504	56.222.453
EH 23	Finanzergebnis (Saldo aus EH 21 und EH 22)	29.190.637	38.839.677	36.783.479	39.913.096	43.255.024	45.783.973

Gesamtergebnishaushalt

Stadt Ludwigshafen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
EH 24	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus EH 20 und EH 23)	38.666.312	60.383.143	73.744.615	73.181.107	73.817.471	73.280.632
EH 25	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
EH 26	Außerordentliche Aufwendungen	7.780.216	100	0	0	0	0
EH 27	Außerordentliches Ergebnis (Saldo aus EH 25 und EH 26)	7.780.216	100	0	0	0	0
EH 28	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) (Summe EH 24 und EH 27)	46.446.528	60.383.243	73.744.615	73.181.107	73.817.471	73.280.632
EH 29	Einstellungen in den SoPo für Belastungen a. d. kommunalen Finanzausgleich	0	0	0	0	0	0
EH 30	Entnahme aus dem SoPo für Belastungen a. dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0	0	0	0
EH 31	Jahresergebnis n. Berücks. d. Veränder. d. SoPo´s a.d. komm. FAG (Saldo a. EH 28 bis 30)	46.446.528	60.383.243	73.744.615	73.181.107	73.817.471	73.280.632

Gesamtfinanzhaushalt							
Stadt Ludwigshafen							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
FH 01	Steuern und ähnliche Abgaben	289.702.260	306.000.600	307.220.500	312.391.500	316.261.500	320.851.500
FH 02	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	43.124.722	52.688.518	57.622.895	57.053.609	57.387.613	57.562.113
FH 03	Einzahlungen der sozialen Sicherung	71.283.121	75.367.105	81.416.254	82.277.837	82.277.837	82.587.578
FH 04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.440.266	12.399.559	12.655.543	12.708.243	12.738.743	12.738.743
FH 05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.649.341	9.891.143	10.254.044	10.300.866	10.294.606	10.308.272
FH 06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	16.554.272	15.813.858	15.633.174	15.820.174	15.888.174	15.759.174
FH 07	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
FH 08	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
FH 09	Sonstige laufende Einzahlungen	33.777.819	19.052.184	18.258.991	18.082.491	17.610.991	17.603.991
FH 10	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe FH 1 bis FH 9)	478.531.801	491.212.967	503.061.401	508.634.720	512.459.464	517.411.371
FH 11	Personalauszahlungen	-122.587.557	-128.010.878	-132.620.029	-134.724.130	-135.306.713	-136.136.046
FH 12	Versorgungsauszahlungen	-16.904.278	-14.977.949	-16.210.000	-16.250.000	-16.290.000	-16.330.000
FH 13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-82.678.206	-88.578.320	-95.063.312	-92.206.018	-91.596.163	-91.650.416
FH 14	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	-48.436.261	-49.890.791	-49.118.607	-49.173.907	-49.053.907	-49.110.907
FH 15	Auszahlungen der sozialen Sicherung	-167.415.273	-173.663.470	-184.466.487	-186.887.451	-187.510.551	-188.003.651
FH 16	Sonstige laufende Auszahlungen	-17.184.213	-19.536.817	-27.266.653	-19.807.191	-19.996.034	-19.906.019
FH 17	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe FH 11 bis FH 16)	-455.205.787	-474.658.227	-504.745.088	-499.048.697	-499.753.369	-501.137.040
FH 18	Saldo d. lfd. Ein- und Auszahlungen aus Verw.tätigk. (Saldo Summen FH 10 u. 17)	23.326.014	16.554.741	-1.683.687	9.586.023	12.706.096	16.274.331
FH 19	Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	3.310.627	5.577.119	6.281.630	6.281.630	6.281.630	6.281.630
FH 20	Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	-47.497.747	-48.029.996	-47.948.609	-51.638.276	-53.693.504	-56.222.453
FH 21	Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo Summen FH 19 u. FH 20)	-44.187.120	-42.452.877	-41.666.979	-45.356.646	-47.411.874	-49.940.823
FH 22	Saldo der ordentlichen Ein- u. Auszahlungen (Saldo der Summen FH 18 und FH 21)	-20.861.106	-25.898.136	-43.350.665	-35.770.623	-34.705.778	-33.666.492
FH 23	Außerordentliche Einzahlungen	0	0	0	0	0	0

Gesamtfinanzhaushalt							
Stadt Ludwigshafen							
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
FH 24	Außerordentliche Auszahlungen	0	-100	0	0	0	0
FH 25	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo aus FH 23 und FH 24)	0	-100	0	0	0	0
FH 26	Saldo der ordentl. u. außerordentl. Ein- u. Auszahlungen (Summe FH 22 u. FH 25)	-20.861.106	-25.898.236	-43.350.665	-35.770.623	-34.705.778	-33.666.492
FH 27	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	17.212.683	16.063.710	16.483.000	28.569.200	13.627.000	26.307.220
FH 28	Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	3.479.511	8.907.500	7.930.040	6.025.840	6.785.040	9.612.560
FH 29	Einzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
FH 30	Einzahlungen für Sachanlagen	8.499.637	4.214.427	2.940.000	2.820.000	2.100.000	2.100.000
FH 31	Einzahlungen für Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
FH 32	Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	769.332	470.000	50.000	50.000	50.000	50.000
FH 33	Einzahlungen aus der Veräußerung von Vorräten	1.015.939	0	0	0	0	0
FH 34	Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0
FH 35	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe FH 27 bis FH 34)	30.977.101	29.655.637	27.403.040	37.465.040	22.562.040	38.069.780
FH 36	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	-7.828.718	-4.821.180	-7.160.700	-7.462.500	-9.882.000	-9.742.000
FH 37	Auszahlungen für Sachanlagen	-23.049.537	-50.658.160	-55.253.000	-68.176.600	-48.942.600	-52.056.900
FH 38	Auszahlungen für Finanzanlagen	-35.002.000	0	0	0	0	0
FH 39	Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	-535.720	-660.000	0	0	0	0
FH 40	Auszahlungen für den Erwerb von Vorräten	0	0	0	0	0	0
FH 41	Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
FH 42	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe FH 36 bis FH 41)	-66.415.974	-56.139.340	-62.413.700	-75.639.100	-58.824.600	-61.798.900
FH 43	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Inv.-tätigkeit (Saldo Summen FH 35 u. FH 42)	-35.438.873	-26.483.703	-35.010.660	-38.174.060	-36.262.560	-23.729.120
FH 44	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Summe aus FH 26 und FH 43)	-56.299.980	-52.381.939	-78.361.325	-73.944.683	-70.968.338	-57.395.612
FH 45	Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten	35.000.000	30.483.703	37.950.660	40.994.060	38.362.560	25.829.120
FH 46	Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten	-20.333.374	-20.995.130	-21.535.130	-19.331.000	-20.221.000	-22.861.000

Gesamtfinanzhaushalt

Stadt Ludwigshafen

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Ansatz 2016	Plan 2017	Plan 2018
FH 47	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Inv. krediten (Saldo Summen FH 45 u. FH 46)	14.666.626	9.488.573	16.415.530	21.663.060	18.141.560	2.968.120
FH 48	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	734.270.000	42.893.366	61.945.795	52.281.623	52.826.778	54.427.492
FH 49	Auszahlungen zur Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-691.650.000	0	0	0	0	0
FH 50	Saldo d. Ein-/Ausz. aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Saldo FH 48 u. 49)	42.620.000	42.893.366	61.945.795	52.281.623	52.826.778	54.427.492
FH 51	Abnahme der liquiden Mittel	0	0	0	0	0	0
FH 52	Zunahme der liquiden Mittel	0	0	0	0	0	0
FH 53	Veränderung der liquiden Mittel (Saldo FH 51 und 52)	0	0	0	0	0	0
FH 54	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Finanz. tätigkeit (Saldo Summen FH 47, 50 u. 53)	57.286.626	52.381.939	78.361.325	73.944.683	70.968.338	57.395.612
FH 55	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	31.967.659	0	0	0	0	0
FH 56	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	-32.392.270	0	0	0	0	0

Bilanz zum 31.12.2013 Aktiva

AKTIVA Position (Beschreibung siehe Anhang, Teil C)	31. Dezember 2013		31. Dezember 2012
	EUR	EUR	EUR
1 Anlagevermögen			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände			
1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	979.976,97		1.100.619,26
1.1.2 Geleistete Zuwendungen	22.544.649,54		14.137.815,81
1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse	0,00		2.113.876,49
1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert	0,00		0,00
1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00		0,00
		23.524.626,51	17.352.311,56
1.2 Sachanlagen			
1.2.1 Wald, Forsten	4.825.017,09		4.908.070,25
1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	184.917.440,89		187.643.624,29
1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	403.323.066,08		397.020.033,56
1.2.4 Infrastrukturvermögen	1.139.409.228,11		1.178.247.062,15
1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00		0,00
1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler	103.946.186,96		115.827.032,16
1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	17.964.343,00		18.306.694,80
1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung	19.135.739,95		19.177.248,50
1.2.9 Pflanzen und Tiere	0,00		0,00
1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	30.389.821,61		25.334.836,20
		1.903.910.843,69	1.946.464.601,91
1.3 Finanzanlagen			
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	124.176.298,00		115.276.298,00
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	4.832.678,73		4.948.024,46
1.3.3 Beteiligungen	26.540.910,00		440.910,00
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00		0,00
1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	217.261.413,53		210.838.954,82
1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	0,00		0,00
1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens	4.338.137,55		3.878.532,40
1.3.8 Sonstige Ausleihungen	5.529.560,01		5.702.211,16
		382.678.997,82	341.084.930,84
		2.310.114.468,02	2.304.901.844,31
2 Umlaufvermögen			
2.1 Vorräte			
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	249.239,09		216.920,17
2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00		0,00
2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren	0,00		0,00
2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte	0,00		0,00
		249.239,09	216.920,17
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen	43.025.200,29		45.605.718,65
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.667.319,15		6.367.367,82
2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.586.700,56		858.719,13
2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.853.283,35		45.060,93
2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen	3.023.147,94		1.620.571,82
2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich	457.456,61		881.015,78
2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände	6.268.014,34		7.709.585,12
		64.881.122,24	63.088.039,25
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens			
2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00		0,00
2.3.2 Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00		0,00
		0,00	0,00
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		9.974.328,67	9.412.293,15
		75.104.690,00	72.717.252,57
3 Ausgleichsposten für latente Steuern		0,00	0,00
4 Rechnungsabgrenzungsposten			
4.1 Disagio	0,00		0,00
4.2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	12.780.189,54		11.710.618,70
		12.780.189,54	11.710.618,70
5 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00
		2.397.999.347,56	2.389.329.715,58

Bilanz zum 31.12.2013 Passiva

PASSIVA Position (Beschreibung siehe Anhang, Teil C)	31. Dezember 2013		31. Dezember 2012
	EUR	EUR	EUR
1 Eigenkapital			
1.1 Kapitalrücklage	961.576.058,09		1.040.786.501,89
1.2 Sonstige Rücklagen	0,00		0,00
1.3 Ergebnisvortrag	-289.168.172,69		-281.449.240,64
1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-46.446.527,52		-7.718.932,05
		625.961.357,88	751.618.329,20
2 Sonderposten			
2.1 Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00		0,00
2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen			
2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen	149.345.105,28		135.002.926,56
2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	61.972.903,35		61.500.131,38
2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen	10.871.424,70		10.043.888,53
2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich	0,00		0,00
2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00		0,00
2.5 Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten	0,00		0,00
2.6 Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte	0,00		0,00
2.7 Sonstige Sonderposten	7.756.517,01		8.053.520,41
		229.945.950,34	214.600.466,88
3 Rückstellungen			
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	259.598.000,00		218.091.000,00
3.2 Steuerrückstellungen	0,00		0,00
3.3 Rückstellungen für latente Steuern	0,00		0,00
3.4 Sonstige Rückstellungen	124.518.945,19		104.688.320,77
		384.116.945,19	322.779.320,77
4 Verbindlichkeiten			
4.1 Anleihen	0,00		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme			
4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	361.710.100,15		344.306.689,88
4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung	715.300.000,00		674.500.000,00
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen	1.425.230,76		1.961.268,20
4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00		0,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen	8.697.695,74		9.616.869,37
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	4.123.913,46		3.522.377,32
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	31.461.755,64		32.586.433,24
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	63.607,56		8.492,59
4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	9.831.522,89		8.248.289,90
4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	5.939.615,67		4.436.572,85
4.11 sonstige Verbindlichkeiten	18.050.964,95		19.246.829,74
		1.156.604.406,82	1.098.433.823,09
5 Rechnungsabgrenzungsposten		1.370.687,33	1.897.775,64
		2.397.999.347,56	2.389.329.715,58

Entwicklung der Zahlungen im Finanzausgleich

Finanzausgleich

In Tsd. EURO

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Ansatz
Rechnungsergebnis																																						

Einnahmen des Landesfinanzausgleiches

Schlüsselaufweisung	1.374	1.370	1.359	1.355	1.347	1.276	1.282	1.311	1.348	1.380	1.447	1.424	1.608	1.631	1.639	1.635	1.639	1.625	1.614	1.586	1.825	1.812	6.571	6.574	6.591	6.612	6.629	6.652	6.673	7.316	7.301	7.310	7.380	7.435	9.943	10.047	10.047			
a) B 1 (Mindestaufweisung)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
b) B 2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Schlüsselaufweisung C 1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Schlüsselaufweisung C 2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Härteausgleich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Investitionsschlüsselaufweisung	415	601	432	392	388	392	406	406	396	474	484	492	515	527	480	480	664	819	830	881	829	829	834	834	833	835	838	879	877	924	925	798	797	802	820	829	829	829		
Strafenaufweisungen	596	1.493	1.404	1.442	1.382	1.573	1.568	1.373	1.378	1.397	1.408	1.410	1.410	1.399	1.355	1.343	1.505	1.487	1.496	1.461	1.553	1.564	1.581	1.575	1.588	1.595	1.600	1.609	1.679	1.794	1.929	1.984	2.186	2.433	2.247	2.259	2.259	2.259	2.259	
Für Schülerbeförderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Ersatzung Fonds D1, Einheit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bedarfsaufweisung für 2004 und 2005	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einnahmen	2.386	3.465	3.184	3.189	3.318	3.241	3.257	3.090	3.122	3.232	3.339	3.326	3.534	3.557	15.081	15.725	4.648	3.941	3.941	3.938	4.722	4.205	8.202	9.127	24.303	31.879	9.067	9.200	9.229	10.034	22.731	16.856	12.801	10.740	26.397	31.057	31.105			

Ausgaben des Landesfinanzausgleiches

Finanzausgleichumlage	3.992	4.062	3.117	3.007	2.887	3.529	4.215	4.446	4.326	4.562	5.930	7.237	9.923	8.806	8.929	8.421	8.938	12.791	15.151	17.462	11.714	13.834	7.825	9.120	5.158	4.844	9.438	10.892	8.891	8.724	5.053	6.553	13.475	13.179	9.327	9.019	9.019	9.019	9.019	
Umlage Fonds D1, Einheit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Betriebsaufwandumlage	1.397	1.562	1.264	1.214	1.200	1.405	1.736	1.902	1.733	1.807	2.346	2.757	2.371	2.223	1.627	1.615	1.779	2.286	2.014	2.068	2.338	2.811	1.844	1.955	1.556	1.628	2.109	2.257	2.364	1.988	2.083	2.926	3.094	3.031	3.100	3.100	3.100	3.100	3.100	3.100
Kosten der Schülerbeförderung	480	1.178	1.428	1.312	1.327	1.314	1.283	1.225	1.219	1.325	1.347	1.417	1.449	1.473	1.701	1.623	1.677	1.908	1.760	1.845	1.732	1.923	1.963	1.925	1.672	1.415	1.394	1.422	1.443	931	1.115	1.200	1.629	2.277	2.367	2.514	2.602	2.602	2.602	2.602
Summe Ausgaben	5.871	6.811	5.809	5.533	5.384	6.247	7.237	7.572	7.683	9.622	11.411	9.743	12.503	13.156	12.575	12.220	16.706	19.946	21.713	15.784	18.326	18.326	18.326	13.680	8.947	13.393	14.645	13.246	12.622	9.117	10.786	18.027	16.886	15.384						

Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben des Landesfinanzausgleiches

Differenz Einn. / Ausg.	3.433	3.346	2.615	2.343	2.076	3.006	3.890	4.482	4.157	4.462	6.264	8.084	6.210	8.947	-2.630	-3.150	7.672	12.788	15.006	17.775	11.062	14.120	2.628	3.942	-13.388	-22.932	4.242	5.445	4.017	2.598	-13.614	-6.071	5.177	8.126	-11.019	-15.864	-15.824	-15.824
-------------------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	--------	--------	-------	--------	--------	--------	--------	--------	-------	-------	---------	---------	-------	-------	-------	-------	---------	--------	-------	-------	---------	---------	---------	---------

Nachrichtlich: Gewerbesteuerumlage

a) Umlage in Prozent der GewSt (e=100/b x c)	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92	21,92
b) Hebesatz der GewSt	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65	3,65
c) Umlagesatz	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80	80
d) Betrag	24.427	17.258	15.995	10.228	16.180	21.477	17.749	17.145	19.823	35.611	24.640	25.798	14.104	8.848	13.726	20.192	35.974	36.516	44.505	40.228	37.441	23.751	28.694	27.750	24.748	34.808	32.295	30.337	27.751	11.816	35.271	37.284	41.851	30.795	32.000	32.569	32.569	32.569	32.569

Differenz Einnahmen/Ausgaben unter Berücksichtigung der GewSt-Umlage

Differenz Einn. / Ausg.	27.860	20.602	18.610	12.572	18.256	24.483	21.729	21.627	23.980	40.073	30.924	33.892	20.314	17.795	11.296	25.012	43.648	48.284	59.511	59.004	48.503	37.871	32.232	31.692	31.950	11.876	36.537	35.782	31.768	14.404	21.513	31.213	47.028	38.894	20.997	16.704	16.744	16.744
-------------------------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Sonstiges

Verbandsatz L FAG	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	23,00	
Beteiligung an den USt-Mindererinnahmen																																							
Bemerkung zur Finanzausgleichumlage	Die Finanzausgleichumlage wird ab 1993 schrittweise auf der Basis der Finanzkraft der letzten 3 Jahre berechnet																																						
	Ab 1995: Kürzung der Finanzausgleichsumlage zur Beteiligung der Gemeinden an den USt-Ausfällen des Landes																																						
	Ab 1996 zu 100 %																																						
	Neumittel L FAG 2000																																						
	Ab 2011: Stufung des Umlagesatzes bei der Finanzausgleichumlage 12% statt 10% (10 x 1,2)																																						

1) Zuzüglich 3 Mio. EURO aus 2006 gebliebenen Rückstellungen (ehemals Klassenangehörige)